

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monatl. Einzelne Rm. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftshalle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 R.,
unter Eingeladn. 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Bichungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 267

Mittwoch, 16. November

1921

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Der bisherige Reichsminister des Innern, frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Georg Gradnauer ist an Stelle des in den Reichsdienst übergetretenen Generalen Dr. Koch zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin ernannt worden.

Die Kammergüter Döhlen-Zauderode.

(N.) Die Unabhängigen Volkszeitungen Dresden und Pirna haben sich in einem Artikel „Eindringung der Kommunalisierung durch den Finanzminister“ in der Nummer vom 12. d. M. mit der Verpachtung der Kammergüter Döhlen und Zauderode beschäftigt. Sie werfen dem Finanzminister darin vor, daß er die Privatwirtschaft der Gemeindefinanzwirtschaft vorgezogen habe. Das entspricht nicht den Tatsachen.

Der Landtag steht bekanntlich auf dem Standpunkte, daß nicht nur die vormaligen Remontegüter, sondern auch noch und noch die Kammergüter vom Staate als Beispielwirtschaften in eigene Bewirtschaftung übernommen werden sollen. Unter anderem hat dies bei der Beratung wegen der Übernahme der vormaligen Remontegüter im Juli 1920 der unabhängige Abgeordnete Höffel ausgesprochen. Ob und wann die Kammergüter Döhlen und Zauderode vom Staate in eigene Bewirtschaftung übernommen werden können, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen; eine endgültige Entscheidung hierüber läßt sich erst dann treffen, wenn unter anderem feststeht, welchen Erfolg die Generaldirektion der Landwirtschaftsbetriebe des Reichsfinanzministeriums mit der am 1. Juli 1920 übernommenen Bewirtschaftung der vormaligen Remontegüter erzielt hat.

Das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium mußte sich unter diesen Umständen bei der Verpachtung der Kammergüter Döhlen und Zauderode die Möglichkeit wahren, diese Kammergüter in eigene Bewirtschaftung zu übernehmen. Wären die Güter an die Stadt Freital verpachtet worden, so wäre diese Möglichkeit dem Staate verlorengegangen. Allerdings hatte sich die Stadt Freital bereit erklärt, die Güter dem Staate zurückzugeben, falls dieser verbleiben sollte, sie in eigene Bewirtschaftung zu nehmen. Die Durchführung dieser Verpflichtung war aber dem Staate nicht möglich gewesen, wenn sich die Stadt Freital erst einmal an den Gutsbetrieb eingestellt hätte. Dieses Bedenken brauchte sich der Staat bei einer Verpachtung an Private nicht zu machen, da diese die Möglichkeit haben, bei Beendigung des Pachtverhältnisses an anderer Stelle ein Gut zu übernehmen.

Die Güter sind deshalb für eine verhältnismäßig kurze Zeit an Private verpachtet worden. Der Pächter des Kammergutes Döhlen hat dabei die Verpflichtung übernommen, die Landwirtschaft dieses Kammergutes dem Landwirt v. Abendroth gegen das von ihm abgegebene Hochgebot von 13 Zentner Roggen für 1 ha unterpachtweise zu verpachten. Ob Abendroth irgendwelche Verbindung mit den „Brüdern vom Stein“ hat, ist dem Finanzministerium nicht bekannt.

Der Pachtzins für das Kammergut Zauderode und die Landwirtschaft des Kammergutes Döhlen ist nach dem Roggenpreise festgesetzt worden, weil dadurch allein erreicht werden kann, daß er dem Staate die Einnahme gewährt, die den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht.

Der Pachtzins von 13 (nicht 14) Zentner Roggen für 1 ha erscheint unter den heutigen Verhältnissen nicht zu hoch, vor allem dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß die staatlichen Grundstücke nach dem Grundsteuergesetz von der Grundsteuer befreit sind, die Pächter also keine Grundsteuer für die beiden Güter zu zahlen haben, und daß beide Pächter schon ein ausreichendes Inventar besitzen, es also nicht erst zu den jetzigen hohen Preisen zu kaufen brauchen.

Eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse kann die Verpachtung schon deshalb nicht zur Folge haben, weil der Pachtzins sich gerade nach den im Roggenpreise zum Ausdruck kommenden allgemeinen Preisverhältnissen richtet.

Zu dieser Notiz der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei läßt sich Dr. Finanzminister Heldt noch folgendes mitteilen:

Kreditaktion und Reparation.

Gestern gegen Abend trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um die Form der Kreditaktion der Industrie und der Reparationsleistungen, die ja in unmittelbarem Zusammenhange stehen, zu beraten. An den Verhandlungen nahmen neben den Ministern die deutschen Unterhändler für Reparationsfragen (Staatssekretär v. Simson vom Auswärtigen Amt, Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium und Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium), die bereits am Vormittag mit dem Reichsfinanzminister über den gleichen Gegenstand konferiert hatten. Die Beratungen sollen heute fortgesetzt werden.

Wenn nach einer Meldung der „B. Z.“ am Freitag mitgeteilt wurde, daß die Reparationskommission und das Garantiekomitee sich darüber geeinigt hätten, die englische Anregung einer Einzahlung der am 15. Januar fälligen Reparationsrate fallen zu lassen, vielmehr beschließen hätten, auf pünktlicher Einhaltung des ganzen Zahlungsplanes ohne Diskussion mit der Reichsregierung zu beharren, auch irgendeine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht statfinden zu lassen, so entspricht diese Meldung zunächst durchaus nicht den Tatsachen und ist nur dazu angetan, die öffentliche Meinung zu verwirren. Solange die Verhandlungen dauern, können amtliche Auslassungen darüber aus Gründen des Staatsinteresses nicht erfolgen. Hinsichtlich des Abchlusses der Verhandlungen wird ihr Ergebnis bekanntgegeben werden. Gegebenenfalls wird die Regierung im Reichstage Mitteilung machen.

Aus den gestrigen Pariser Zeitungen wird erkennbar, wie sehr die Abwesenheit Briand's der Politik Poincaré's ein Übergewicht gibt. Es mehren sich auffällig die Pressestimmen, die verlangen, daß nach dem deutschen „Wiss“ des Moratoriums- und Revisionsgesetzes“ zur Rückbesetzung und Pfändung der deutschen Staatswerte gegriffen werden soll. Poincaré selbst bespricht in „Temps“ die deutsche Finanzkrise. Gegenüber einem Deutschland, das wirklich Schwierigkeiten habe, das sie aber vergrößert habe, um sich keinen Verpflichtungen zu entziehen, und das ins Unbegrenzte die Spekulation wieder erneuern könne, habe man nur Geduld, bezahlet zu werden, wenn man von ihm positive Pfänder verlange, und wenn man eine ernste Kontrolle über seine Ausgaben und Einnahmen, aber seine Devisen, über seine Zolleinnahmen und seine Kohlenförderung einrichte. Der Vertrag von Versailles berechtigte die Alliierten dazu, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß sie nötig seien. „Beziehen wir uns“, schließt Poincaré seine Darlegungen, „noch ist es Zeit. Morgen könnte es zu spät sein.“ Im Gegensatz zu diesem unerbittlichen Chauvinismus schreibt Gaston Jéze in der „Revue Nouvelle“ zur Frage etwaiger deutscher Zahlungsschwierigkeiten, man könne davon überzeugt sein, daß die Anwendung von Gewalt zu nichts anderem führe als zum Kriege und zum Bruch mit den Alliierten. Man müsse mit den Alliierten verhandeln, um sie dazu zu bringen, einzugehen, damit die Krisis wirtschaftlich und finanziell in einem den berechtigten Interessen Frankreichs entsprechenden Sinne geregelt werde. Frankreich müsse geschickt und klug mit allen Kräften der deutschen Temerarie helfen und dürfe nichts unternehmen, was ihr Emporkommen und ihre Konjunkturbildung verzögere. Davon hänge das Heil Frankreichs ab. Auch Hervé in der „Victoire“ rät zur Mäßigung, wenn er ausführt, alles, was für den Augenblick zu fürchten sei, bestehe darin, daß Deutschland außerstande wäre, die Verpflichtungen der nächsten Verfallstage zu erfüllen, und daß Frankreich gezwungen wäre, ein Jahr lang verschaukeln zu lassen. Das werde schlimm sein, aber Frankreich werde daran nicht sterben. Was in Frankreich fehle, sei nicht das Geld.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ meldet, daß die Garantiekommision schon irgendwelche Vorstellungen wegen der Kreditbedingungen der Industrie gegenüber der deutschen Regierung erhoben hätte, unrichtig seien. Bis hierher habe die Garantiekommision nichts derartiges unternommen.

Aus obigen amtlichen Darlegungen geht hervor, daß die „unsozialistische“ Handlungsweise des Finanzministeriums ihm vorgeschrieben ist von der — unabhängig — sozialistischen Mehrheit der Volkskammer! Gerade die Unabhängigen haben diese Stellungnahme gefordert und stellen nun auf einmal lokale Kirchturninteressen den Allgemeininteressen voran.

Gänzlich verfehlt ist der Hinweis der U. B. auf das Göttinger Programm. Steht etwa darin, daß Güter, die dem Staate längt gehören, in jeder Gemeinde nachmals extra verstaatlicht oder sozialisiert werden sollen? Steht darin nicht vielmehr, daß die dem privaten Kapital gehörigen Güter sozialisiert werden sollen?

Sollen die staatlichen Güter, wie die Volkskammer es will, in eigene Bewirtschaftung übernommen werden, müssen sie greifbar sein. Deshalb werden sie nur auf kurze Zeit an Private verpachtet, die man jederzeit „wieder los werden“ kann. Eine Gemeinde oder kann der Staat nicht wieder aus dem Vertrag entfernen, zumal, wenn sie sich die zur Bewirtschaftung nötigen Hilfsmittel, Geräte, Maschinen usw., für schweres Geld hat neu anschaffen müssen. Diesen Standpunkt haben die Unabhängigen in der Volkskammer selber vertreten und die Rechtsparteien haben dagegen gestimmt.

Aber noch ein anderes Moment kommt hinzu, das gegen die U. B. und auch gegen ihre Freunde im Pönerschen Grunde spricht: Was der Staat heute der Stadt Freital bewilligen würde, könnte er morgen anderen Gemeinden nicht versagen. Wie haben ihrer eine ganze Reihe, die mit Kaufgeld in ihrer Nähe liegenden Klostergüter und Kammergüter übernehmen möchten. Und was wäre der Erfolg? Der Staat hätte dann nicht nur keine Finanzen, sondern auch keinen Staatsbesitz mehr, und was für Angriffe würden dann gegen den Finanzminister gerichtet werden! Dann könnte man ihm, mit einigem Recht, unsozialistisches Handeln vorwerfen.

Ebenso verfehlt ist der Hinweis der U. B., daß der Finanzminister mit dieser Art der

Eicherstellung staatlichen Besitzes die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe triebe. Das direkte Gegenteil ist richtig! Je mehr der Pächter für seinen Roggen zahlen kann, desto mehr muß er Pacht zahlen — an den Staat. Der Rechtsgrund wird ihm damit genau im entsprechenden Verhältnis wieder verringert. Diese Berechnungsart läßt genau wie Sachsen auch Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, Staaten also, in denen die Unabhängigen regieren oder mitregieren. Sie wägen nach der Logik der U. B. ebenso schuldig wie der Minister Heldt. Schon diese eine Tatsache sollte dem Blatte zu denken geben.

Außerdem verweigert die U. B. die Tatsache, daß die Interessenten aus Freital den Finanzminister veranlassen wollten, wirklich unsozialistisch zu handeln. Sie wollten, daß die Erträge dieser Güter nur für die Bewohner von Freital referiert blieben. Der Finanzminister aber vertritt den Standpunkt, daß die Erträge dieser Güter der Allgemeinheit gehören, daß man außerhalb Freitals ebenso dringend Kartoffeln und Roggen braucht, wie in Freital, und daß man kein Recht hat, um Freital eine chinesische Mauer zu ziehen. Auch davon sagt die U. B. nichts, daß die Gemeinde letzten Endes die Güter doch gar nicht pachten, sondern aber kurz oder lang kaufen wird. In der Theorie aber vertritt die U. B. den Standpunkt, daß der Staat keinen Grund und Boden verkaufen darf und eine sozialistische Regierung schon gar nicht. Das steht auch im Programm der Unabhängigen.

Schließlich ist noch festzustellen, daß das Finanzministerium sich im Pachtvertrage vorbehalten hat, bis zu 10 Proz. des Landes auch während der Vertragsdauer vom Pächter wieder zurückzunehmen, für den Fall, daß die Gemeinde Baugrund bedarf. Ferner ist der Pächter darauf verpflichtet worden, eine Anzahl Wäsktische zu halten, deren Milch zum Tagespreise der Gemeinde Freital zur Verfügung zu stellen ist.

Damit sind auch die berechtigten Interessen der Gemeinde getrahet worden, und sämtliche Angriffe der U. B. fallen mich in sich zusammen.

Amerikas erster Erfolg.

Als Harding und seine Mitarbeiter den Plan zu der Washingtoner Abrüstungskonferenz sahen, war ihr letztes damit erzieltes Ziel, die durch den Ausgang des Weltkrieges den Vereinigten Staaten von Amerika zugefallene überragende politische Stellung für die nächste Zukunft festzulegen und zu sichern, um, möglichst geschäftig gegen neue kriegerische Zwischenfälle, für den amerikanischen Geschäftsimperialisismus die Bahn frei zu haben. Die schwere Weltwirtschaftskrise der letzten Zeit, die gerade in den Vereinigten Staaten einen Refektor der Arbeitslosigkeit schuf, drängte zur Beschleunigung des Versuches. Hingzu kam der sehr begreifliche Wunsch des neuen Präsidenten Harding, die vor drei Jahren von Wilson veräumte Gelegenheit für Amerika, das hohe moralische Prestige eines Weltfriedensstifters sich zu sichern, nun mit besserem Erfolge auszunutzen.

Wenn man nach den ersten Tagen der Konferenz urteilen darf, so hat die amerikanische Politik bereits ihren ersten sachlichen wie vor allem moralischen Erfolg errungen. Der positive, weitgehende Vorschlag für die praktische Abrüstung zur See, mit dem Staatssekretär Hughes die Beratungen eröffnete, legt die Initiative für die Dauer der Konferenz in amerikanische Hand, macht dadurch, daß Amerika sofort mit gesundem Beispiel voranzugehen bereit ist, den Eindruck unbedingter Gerechtigkeit und verleiht vor allem die beiden Parteien, auf die es zunächst ankommt, England und Japan, in eine gewisse Zwangslage. Die Platten sollen sofort nach einem bestimmten Schlüssel verkleinert, und dieser verkleinerte Offiziersbestand soll für die Dauer von 10 Jahren durch keinerlei Neubauten verändert werden. Dabei ist aber bei Herabminderung doch das heutige Kräfteverhältnis zugrunde gelegt. So daß England ganz offen die heutige maritime Überlegenheit erhalten bleibt, während — durchaus nicht so offen — die amerikanische Flotte sich einen gewissen Vorsprung vor der japanischen Flotte.

Damit ist aber einmal ein Hauptmoment der bisherigen geheimen Spannung zwischen England und Amerika — die englische Furcht, zur See überflügelt und mit Blodade bedroht zu werden — offiziell ausgeschaltet, und für alle weltwirtschaftlichen Kompromisse der beiden angelsächsischen Mächte wird eine viel bessere Basis geschaffen. Auf der andern Seite wird Japan vor eine Alternative gestellt. Entweder nämlich stimmt es den Vorschlägen Hughes' zu, obwohl es damit die Hauptwaffe zur Erringung seiner imperialistischen Ziele stumpf werden läßt, oder es sagt nein und fordert dadurch die öffentliche Meinung nicht nur Amerikas, sondern vor allem des ganzen überseeischen Britanniens (Kanada, Australien, Südafrika) erneut gegen sich heraus, wonach die englische Regierung zu einer Lösung des Bündnisses gezwungen wäre und Japan sich sehr bald einer unüberwindlichen angelsächsischen Koalition gegenüber sehen könnte.

Diese Fragestellung scheint uns das erste historische Ergebnis der Washingtoner Konferenz und eben ein erster unlegbarer Erfolg der amerikanischen Diplomatie zu sein. Selbstverständlich werden die Einzelverhandlungen, besonders aber die sehr kniffligen Fragen der Stützpunkte, Kohlen- und Rabelstationen im Stillen Ozean unter allen Umständen beträchtliche Zeit verlangen. Während dieser wird aber das Studium der öffentlichen Meinung in den verschiedenen Ländern auch größere Klarheit über die wirklichen Absichten und Stimmungen bringen. Nicht unwesentlich scheint uns schon jetzt zu sein, daß in dem Publikum der Vereinigten Staaten selbst eine positive friedliebende, allen kriegerischen Konflikten abgeneigte Stimmung wieder stärker als in den vergangenen Jahren hervortritt. Wenn dem nicht so wäre, so hätten Harding und Hughes ihren Abrüstungsvorschlag wohl auch nicht gewagt. Für diese Staatsmänner kann es sich aber natürlich nicht etwa um pazifistische Schwärmereien handeln, sondern um eine kluge Ausnutzung des Friedensgedankens und der heutigen allgemeinen Sehnsucht, die unhaltbare Weltlage zu bessern, für die Festigkeit der politischen Nachstellung, des moralischen Ansehens und der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten. Welche grundlegende Bedeutung Hughes der Aussprache über seine weitgehenden Abrüstungsvorschläge beimißt, geht auch daraus hervor, daß er die Erörterung

der eigentlichen Probleme des Stilles Stehens voll- kommen zurückstellen ließ. Und wirklich wird ihre Lösung durchaus von der Stellung der einzelnen Partner zur Abklärung abhängen.

Für Deutschland erhebt sich schon jetzt die für seine Zukunft mitentscheidende Frage: wird in Washington der Grund auch für eine Sanierung Europas, das heißt also für die Revision des Versailler Vertrages, gelegt werden?

Jedenfalls bestimmte Hoffnung in dieser Beziehung auszusprechen, wäre heute selbstverständlich durchaus verfrüht. Die Möglichkeit oder die Vor- aussetzung würde aber wohl durch eine ange- messene Verständigung geschaffen werden, der gegenüber Frankreichs Trumpf- und Erpresserpolitik — auf Kosten Deutschlands und Europas — nicht mehr wie bisher verfahren könnte.

Nach den verschiedenen Berichten aus Washin- gton und nach den Kommentaren der Pariser Blätter kann man denn auch bereits eine neue Unsicherheit feststellen. Briand war durch die Verständigung Hughes' offenbar ganz überrollt und versuchte dann in einer Erwiderung mit seiner Ab- wertenbereitschaft die Situation möglichst zu zurecht zu räumen. Es ist aber zu bezweifeln, daß seine Be- weisführung, Frankreich erscheine nicht mehr als mög- lichst bald abzuweisen zu können, wenn es nur Garantien gegen deutsche Angriffe erhalte, noch den vielen Erfahrungen, die sie mit dem fran- zösischen Militarismus gemacht haben, von den englischen und amerikanischen Politikern noch ganz ernst genommen wird. Die ironisch sein sollenden Bemerkungen einiger Pariser Zeitungen, der Geist Willsons sei wieder gekommen, lassen dagegen die Furcht erkennen, daß Harding und Hughes eben nicht, wie Willson in Paris, vor Frankreich kapitulieren werden.

Neue Koalitionsverhandlungen im Reiche.

(Eigene Meldung.)

Nachdem in Preußen die Bildung einer breiten Regierungskoalition gelungen ist, hat man sich auch im Reiche dahin entschieden, in neue Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen nehmen, wie unser Berliner Vertreter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, einen guten Fortgang, sobald man damit rechnet, daß die Bildung der neuen Regie- rung auf breiter Grundlage bald erfolgen wird. Das Zustandekommen der neuen Koalition wird von der Haltung der Deutschen Volkspartei ab- hängen, die vor allem bezüglich Oberschlesiens sich nachgeben müssen. Man spricht in parlamentarischen Kreisen bereits von der Reorganisation des Außen- ministeriums durch Dr. Stresemann, der auch bei den vorigen Verhandlungen über die Regierungs- erweiterung wiederholt genannt worden ist.

Zur Frage der Neubestellung des Wiederaufbauministeriums.

(Eigene Meldung.)

Durch den Sieg der Linkdemokraten inner- halb der eigenen Partei ist als eine der ersten Maßnahmen die Forderung getroffen worden, den früheren Wiederaufbauminister Dr. Rathenau offiziell vom dem Parteibeschluß zu benachrichtigen, daß die Partei mit seinem Wiedereintritt in die Regierung einverstanden ist. In Ententezwecken würde man die Wiederwahl Dr. Rathenaus ohne Zweifel sehr begrüßen. Da der Posten des Wiederaufbauministers noch immer offensteht, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit,

daß die Wiederwahl Dr. Rathenaus in Kürze er- folgen wird.

Dr. Stresemann über die Lage.

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Schlesien der Deutschen Volkspartei nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann zur aus- wärtigen Politik Deutschlands und einigen Fragen der inneren Politik das Wort. Das Eintreffen der Reparationskommission in Berlin begrüßte er als den Beginn einer volkswirtschaftlichen Eintracht bei den Gegnern. Für die Verhandlungen mit ihr hob er drei Forderungen hervor: Einmal müsse als Grundlage an der Lastfrage festgehalten werden, daß die Reparationssumme in der heutigen Höhe nicht zu leisten sei. Auch die etwaige Einführung eines kurzfristigen Notatoriums ändere nichts daran, daß die Leistung unerlässlich bleibe, sondern es müsse von dem Grundgedanken ausgegangen werden, die Zahlungen in Devisen erfolgen und dafür Sachleistungen eintreten zu lassen. Das Wiesbadener Abkommen sei in seinem Grundgedanken richtig. Falls es es aber, das überschuldete Deutschland zum Banker der Gläubigerwelt zu machen, indem man die Schuldsumme durch Nichtanrechnung von Sach- leistungen erhöhe, und schließlich müsse allmählich auch der Gedanke der Ablösung der Kriegslasten durch Aufnahme einer internationalen Anleihe verwirklicht werden, da ein Volk allein die Leistungen aufzubringen nicht imstande sei. Zur Kreditation der Industrie äußerte sich Dr. Strese- mann skeptisch. Die Frage der Privatfernung der Eisenbahn sei noch recht unklar. Zur Frage der von der Sozialdemokratie geforderten Sach- wertersatzung verhielt sich Dr. Stresemann ganz ablehnend.

Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Der Betriebsrat des Werkes Spandau der Deutschen Werke hatte gestern dem General- Kommando einen Besuch abgestattet, um dem Chef der Internationalen Militärkontrollkommission die schweren Folgen einer Zerstückung der Deutschen Werke darzulegen. Bei der Besprechung war auch der englische General Ingham zugegen. General- Kommando versprach, die von den Arbeitervertretern gegen die Ententeabnahme vorgebrachten Gründe der Besatzungskommission zu übermitteln, da er diese Gründe für Aufhebung der auf die Zer- stückung der Deutschen Werke abzielenden Rote durchaus würdige. Die Arbeiterschaft verlanste in erster Linie die Beseitigung der Forderung, daß die Herstellung der Waffen und Munition in den ehemaligen Heereswerkstätten bis zum 1. April 1922 endgültig ausgegeben sein müsse. Seitens der Arbeiterschaft wurde betont, daß diese Forderung der Internationalen Kommission in den Reihen der deutschen Arbeiter deshalb als un- gerecht empfunden würde, weil die deutsche Arbeiterschaft selbst bestraft sei, die Herstellung von Kriegswaffen über das durch den Friedens- vertrag zulässige Maß zu verhindern. Die Ver- treter der Arbeiterschaft bedeuteten dem General- Kommando, daß das Verlangen der Internationalen Kommission die gesamte deutsche Arbeiterschaft in höchste Erregung versetzt habe, und daß man sich entschlossen sei, diese geplante Maßnahme Fran- reichs mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ab- zuwehren. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich an die internationalen Organisationen wenden und sie zur Solidarität auffordern. Der anwesende Vertreter Englands will über die Aussprüche seiner Regierung ausführlich berichten.

(Eigene Meldung.)

Unser Berliner Vertreter erzählt, daß von der Reichsregierung eine Kommission nach Paris ge- schickt worden ist, die dort an amtlicher Stelle wegen der Lahmlegung der Deutschen Werke zu verhandeln hat. Bisher liegen Nachrichten über das Verhandlungsergebnis noch nicht vor. Da der Protest der deutschen Regierung von den Arbeiterorganisationen kräftig unterstützt worden ist, rechnet man mit Bestimmtheit darauf, daß die Bemühungen der Kommission Erfolg haben werden. Die Delegierten werden morgen, Mit- twoch, in Berlin zurück erwartet.

Berlin, 15. November. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, ist die Rote der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Deutschen Werke am vergangenen Sonntag dem General Kommando in Berlin und gestern durch den deutschen Botschafter in Paris der Botschafter- konferenz überreicht worden. Die Rote wird heute veröffentlicht werden.

Western hätte die Berliner Gewerkschafts- kommission den Deutschen Werken in Spandau einen Besuch ab, um sich davon zu überzeugen, was dort hergekehrt wird. Nach einem Rund- schreiben erklärten die Gewerkschaftsvertreter sich restlos für die Forderungen der Arbeiterschaft, die sie mit allem Nachdruck vertreten wollen.

Zur Frage der Kreditation der deutschen Industrie.

Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: „Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen In- dustrie beschäftigt und wehrt sich mit aller Ent- schiedenheit gegen den Versuch, die Rot des Reiches auszunutzen und die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den wertvollsten Besitz des deutschen Volkes in Privatband zu bringen. Die Kreditation, die ursprünglich als patriotische Großtat ausgegeben wurde, soll nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzt werden. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig ist, muß ohne Auslieferung der Eisen- bahnen in die Hand des privaten Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grund- sätze erreicht werden. Mit den Eisenbahnbeamten sind auch alle anderen im deutschen Beamtenbund organisierten Beamten darüber einig, daß dieser selbst- ständige, mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abge- wehrt werden muß.“

Der „Konsolidationsrat“ tritt dem Gerücht entgegen, wonach der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Reipart dem Reichskongress erklärt habe, daß der Gewerkschaftsbund und auch die sozialdemokratische Partei bereit wären, sich auf eine Entlohnung der Reichseisenbahnen einzulassen. Reipart habe dem Reichskongress in der Besprechung am 11. d. M. den Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit- geteilt, der die von der Industrie erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt. Reipart habe dann weiter die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die unerhöhten Unter- nehmerforderungen unbedingt ablehnen werde. Einen anderen Standpunkt soll, wie das Blatt hört, Vertreter von den christlichen Gewerkschaften eingenommen haben.

Die Deutsche Volkspartei in Preußen.

(Eigene Meldung.)

Die Befürchtungen der rechtsgerichteten Parla- mentarier, daß die Linksparteien gegen die Deut- sche Volkspartei selbst als Regierungspartei partei- Opposition treiben würden, scheinen sich nicht zu bestätigen. Bei der Stellungnahme des neuen volksparteilichen Kultusministers in Preußen er- folgte von linksgerichteter Seite ein kaum wahr- nehmbarer Widerstand. Die Deutsche Volkspartei kommt den anderen Parteien offensichtlich entgegen, wenn der neue Kultusminister betont, daß er wünsche, die Jugend im Geiste der jetzigen Verfassung erzogen zu sehen. Er wünsche ganz besonders, daß die Kinder genau über die Ein- richtungen des jetzigen Staatswesens unterrichtet werden.

Aus dem braunschweigischen Landtage.

In der braunschweigischen Landesversammlung legte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung der Abg. Erdmann (Soz.) unter Bezeichnung auf die zumultuarischen Vorgänge der letzten beiden Sitzungen Vermehrung dargelegt, daß der Abg. Wessing seine verurteilende Kritik an dem Staatsminis- terium so allgemein gehalten habe, daß sie als auch auf die beiden mehrheitssozialistischen Mitglieder des Kabinetts bezüglich angefallen werden könne. Das sei aber unbillig. Den unabhängigen Abgeordneten müsse der Vorwurf gemacht werden, daß sie durch ihr Verhalten das Ansehen und die Würde des Hauses geschädigt hätten. Auf Wunsch der Unabhängigen, die zu der Erklärung Stellung zu nehmen wünschten, wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Saargebiet.

Die Entwertung der Mark kommt der Fran- zösisierung des Saargebietes immer mehr zufluten. In den letzten Monaten sind zahlreiche industrielle Unternehmungen in französischen oder sonstigen ausländischen Besitz übergegangen, namentlich Hunderte von Grundstücken, jedoch heute fast die Hälfte aller großen Industrieunternehmungen und Grundstücke in Händen von Ausländern ist. In den Kreisen der Arbeiterschaft und des Mittelstands herrscht größte Erbitterung über die Französisierung des Saargebietes.

Zur Berliner Reise des bayerischen Ministerpräsidenten.

Die Korrespondenz Hoffmann in München teilt mit, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchfeld aus Berlin nach München zurück- gekehrt sei. Er hatte bei seinem Aufenthalt in Berlin Gelegenheit, mit dem Reichskanzler und einer Anzahl von Reichsministern sich über die allgemeinen Fragen der inneren und äußeren Reichspolitik, dabei vor allem über die Punkte beratenden Angelegenheiten, auszusprechen. Hier kam die Sorge um Maßnahmen gegen die Preis- steigerung und Teuerung sowie die Sicherstellung der Versorgung Bayerns mit Kohle und Getreide im Vordergrund. Dabei ist der bayerische Standpunkt in weitestgehendem Maße anerkannt worden. Was die in der Presse erwähnten Ver- handlungen über das Konfordat anbelangt, so er- gaben sich diese aus dem Zusammentreffen der Reise des Rantius mit der Reise des Minister- präsidenten nach Berlin. Dabei handelte es sich lediglich um Vorbesprechungen über den Inhalt eines Reichskonfordsats mit der Maßgabe, daß der Fortführung der Verhandlungen über ein selbst- ständiges bayerisches Konfordat zwischen der bayer- ischen Regierung und der Kurie nichts im Wege stehe.

Wissenschaft und Kunst.

Treßden, 14. November.

Zur unentgeltlichen Überlassung der Vermittel an die Schüler der Fach- und Fortbildungsschulen (Berufsschulen).

Von G. Burkhart, Direktor der 3. Städt. Fach- und Fortbildungsschule zu Chemnitz.

Es ist ein idealer Gedanke, daß ein Kultur- staat seinem Nachwuchs alles Nützliche für die Erwerbung von Berufs- und Allgemeinbildung aus öffentlichen Mitteln zugänglich macht. Denn letzten Endes hat vom hohen Bildungsstand seiner Bürger der Staat den höchsten Nutzen. Darum verlangt auch die Reichsverfassung Artikel 145, daß die Vermittel in den „Fortbildungsschulen“ unentgeltlich sind. Der ideale Gedanke wäre un- bedenklich durchzuführen, wenn zum Ideal des Gebankens eine ideale Schülerschaft und ideale Schulverhältnisse kämen. Beide sind leider nicht vorhanden. Darum muß der praktische Schulmann für die Berufsschulen die Einführung der un- entgeltlichen Überlassung der Vermittel ablehnen 1. um der Schüler willen:

Wir können leider nicht sagen, daß die neuen Verhältnisse auf unsere Schüler bessernd, veredelnd eingewirkt hätten, wie wir auch nicht behaupten,

daß unsere Schüler in der Vorkriegszeit sich wesentlich von den Jungen und Mädels von heute unterschieden hätten. Es ist eben Jugend, Jugend, aus den verschiedenartigsten Kinderstuben hervorgegangen. Um das Schicksal der unent- geltlich überlassenen Vermittel im voraus beur- teilen zu können, braucht man nur an die Zeit zurückzudenken, wo die Ver- mittel billig, zum Teil spottbillig waren. Damals wußte eine große Anzahl Schüler ihr Eigentum gar nicht zu schätzen. Täglich lagen nach Schluß der in den Zimmern: Halbbauschreibene Bücher (auch in den Papierkästen), Falter, Maß- stäbe, Reißzeuge, Winkel u. a. m. In den seltensten Fällen wurde danach gefragt. Reißbretter liegen abgehende Schüler einfach in den Schränken liegen, wegziehende bemühten sich nicht um in der Schule zurückgelassene Vermittel. Jetzt lassen die Schüler höchst selten ein Vermittel liegen. Die Niederlichkeit muß zu teuer bezahlt werden. Auch das Elternhaus kümmert sich aus begreiflichen Gründen um das Eigentum der Kinder. Die Verhältnisse der Zeiten der Ver- mittelbilligkeit würden in gesteigertem Maße wiederkehren, wenn wir Vermittelkosten ein- führen würden. Man würde sich eines Ge- zehungsmittels zur Ordnungsliebe begeben, ja man würde geradezu zur Liederlichkeit erzogen. Derzeit an und für sich im Alter des Übermuts wenig Verständnis für Verpflichtung zur schonen- den Behandlung öffentlichen Eigentums, so muß mit Bedauern festgestellt werden, daß in den letzten Jahren die mut., vielleicht auch böswilligen Sachbeschädigungen (Schemel, Tische, Kleiderkasten, Wände, Türen — von Diebstahl von Glühbirnen gar nicht zu reden —) trotz vielfacher Ermahnun- gen und bürgerlicher Aufforderungen in den Fach- und Fortbildungsschulen häufiger geworden sind als früher. Man soll also Schülern, die zu einem erheblichen Prozentsatz öffentliches Eigen- tum nicht zu würdigen wissen, nicht noch mehr Gelegenheit zum Verschwendung und Vernichten solch. n Eigentums geben.

Der erfahrene Schulmann weiß: Erarbeitetes hat gesteigerten Wert. Das bezieht sich auf alle Güter, geistige und sachliche. Wer eben für ein Gut ein Opfer bringen muß, schätzt es wert. Das Betreuen aber von Eigentum ist für die Jugend jederzeit erzieherisch wertvoll.

Daß denen, die nicht imstande sind, Opfer zu bringen, die Vermittel nicht vorzuziehen werden, ist selbstverständlich, ist auch bisher nicht geschehen.**) Ist bisher nachgewiesen worden, daß die Lebensalterstufe, in der sich unsere Schüler be- finden, sie wenig zum Verlieren und Hüter öffent- lichen Eigentums geeignet macht, so muß ferner besonders darauf hingewiesen werden, daß für diese Altersstufe, die in bezug auf Gesundheits- gefährdung sehr ungünstig steht, eine gemeinnützige Benutzung von Vermitteln (Reißzeugen, Reiß- schienen, Bücher usw.) als allen hygienischen Ge- gesenen widersprechend abgelehnt werden muß.

2. muß die Einführung der Vermittelkosten als schultechnische Gründe abgelehnt werden. Der Schüler der F.-B.-Sch. oder Berufsschule ist höchstens einen Tag in der Schule. Am nächsten Nachmittag, spätestens am nächsten Vormittag sind die Vermittel wieder in anderen Händen. Da selbstverständlich nicht jeder Lehrer ein Zimmer für sich und seine Schüler besonders haben kann, müssen die Vermittel, die in den einzelnen Zimmern aufbewahrt werden, wöchentlich meh- rere Male dem Verwalter wechseln. Die Übergabe, sowie das Ausleihen der Vermittel an die Schüler und ihre gründliche Prüfung bei der Rückgabe (Reißzeuge) sind mit soviel Zeitverlust verbunden, daß die an und für

*) Der Sinn für gesunde Finanzpolitik hat, wird niemals mit vollen Händen dorthin Gehen können, wo Mittel für Dinge vorhanden sind, die man nicht als lebensnotwendig bezeichnen kann. Unsere Schüler verwenden viel Geld für Zigaretten, Kino, Räderreisen (Eismagen vor Schulen), Langbergfahrten u. a. Die Beschaffung von Vermitteln ist bei der Mehrzahl nie schwierig gewesen.

sich sehr kurze Ausbildungszeit der Schüler zu deren Nachteil wesentlich gekürzt wird. Auf ein Moment, das in seiner Bedeutung für die Ge- zehung nicht zu unterschätzen ist, sei hier noch hingewiesen. Natürlich werden Beschädigungen und Verluste nicht zu vermeiden sein. Hier müssen die Schuldigen Ersatz leisten oder bestraft werden. Die Zahl der Strafanträge würde also durch Einführung der Vermittelkosten wesentlich vermehrt. Darunter aber selbst die Möglichkeit des Zerfalls zwischen Lehrern und Schülern, die das Fundament geistlicher Menschenbildungs- arbeit ist. Von Zeit- und Papierverlust beim amtlichen Eintreiben entsetzlicher Geiseln gar nicht zu reden. Alle oben erwähnten Ver- waltungsschwierigkeiten werden gesteigert, wenn die Schule Hausaufgaben stellt. Soll etwas ge- leistet werden, so mögen Lehrer und strebsame Schüler, sowie Eltern, die aus ihren Kindern etwas machen wollen, die Hausaufgaben nicht entbehren. Würde man um die Schwierigkeit der Vermittelverwaltung willen auf Hausaufgaben verzichten, dann käuften sich Strebsame sicher die Vermittel selbst (z. B. Reißzeuge) und arbeiten zu Hause oder in Privatkursen. Warum für solche dann zweifels Ausgaben machen!

Für die Vermittel aber, die mit nach Hause gegeben werden, muß die Schule die Verantwort- ung ablehnen. (Fortsetzung folgt.)

Reinhardt Schauspielhaus. („Der Jahr- markt zu Pulsnig“ von Walter Haslam.) Der ebenso wichtige wie nachdenkliche Schwan „Der Jahrmarkt zu Pulsnig“ mit seinem feinen, ironischen Humor und seiner amüsan vorgetragenen Leben- weisheit, der im Jahre 1905 im damaligen Königl. Schauspielhaus — dem jetzigen Reinhardt Theater — zum erstenmal aufgeführt wurde, erlebte gestern eine stöbliche Aufführung. Und er wickte, was nicht jedes noch bald 20-jähriger Schauspieler zu neuem Leben erweckt Theaterstück von sich sagen kann, vollkommen durch sich selbst, d. h. also, der jetzige Klang, der aus der Dichtung erkant, die

Alleine Nachrichten.

Berlin, 15. November. Von zusehender Stelle wird mitgeteilt, daß von einer Absicht Dr. Landsbergs, des deutschen Gesandten in Brüssel, zurückzutreten, nichts bekannt ist. Die für die Hilfsaktion für Oppau von den Behörden und Organisationen eingeleitete Sammlung hat den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

Die Konferenz in Washington.
Der amerikanische Vorschlag

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morningpost“ meldet seinem Blatt: Er sei in der Lage, die Mitteilung zu machen, daß Japan den Vorschlag Amerikas annehmen werde. Auch die britischen Delegierten stimmten dem amerikanischen Programm zu, was für die britischen Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von etwa 50 000 000 Pf. St. bedeuten würde. Die Amerikaner hoffen, daß die Frage des fernem Ostens ebenso leicht geregelt werden könne wie die Frage der Rüstungsbeschränkungen. Die japanischen Kreise in Washington seien jedoch weniger optimistisch in dieser Hinsicht. Der Japaner sah die politische Lage des fernem Ostens als das Herz des gesamten Problems an.

Senator Borah hielt in einer Massenversammlung zugunsten der Weltabrüstung eine Rede, in der er erklärte, der von Hughes gemachte Abrüstungsantrag ginge nicht weit genug. Im allgemeinen herrscht der Eindruck, daß der Erfolg der Konferenz sichergestellt ist. Die Delegierten, besonders die französischen, lobten die sehr zurückhaltende Weise, mit der Großbritannien in dem Plane Hughes' behandelt wird, der ihm die Vorherrschaft zur See für mindestens zehn Jahre beläßt.

Der Marinefiskus hat mitgeteilt, der Bau der amerikanischen Kriegsschiffe werde in Über-einstimmung mit dem Boplan fortgesetzt und nur eingestellt werden, wenn der amerikanische Kongreß hierzu seine Einwilligung gebe, oder die Ab-rüstungskonferenz sich über das internationale Marineprogramm einigt.

Einzelheiten des amerikanischen Vorschlages.

Die von dem ameri-kanischen Staatssekretär Hughes der Abrüstungskonferenz vorgelegten, schon kurz in einem Reuterbericht erwähnten Abrüstungs-grundzüge lauten:

- 1. Der Bau aller Großkampfschiffe der gegen-wärtigen Bauprogramme, sowohl der in Aus-führung befindlichen als auch der geplanten, wird aufgegeben.
- 2. Eine weitere Verminderung findet statt durch Auskranzung gewisser älterer Schiffe.
- 3. Die bestehenden Flottenstützen der in Ver-tracht kommenden Mächte werden im allgemeinen beibehalten.

Nach dem Vorschlag des Staatssekretär Hughes würde Großbritannien einzustellen haben den Bau der vier Hood- und aller Schlachtschiffe zweiter und erster Linie bis zur King-George-Klasse. Japan würde aufgeben die Pläne der zwei Schlachtschiffe und vier Schlachtschiffe, die sich im Bau befinden, und alle zehn Dreadnought-Schlachtschiffe der zweiten Linie. Die weiteren Vorschläge Hughes' geben, wie bereits gemeldet, dahin, daß keine weiteren Großkampfschiffe wäh-rend einer Periode von zehn Jahren auf Stapel gelegt werden, und daß ein Höchstmaß für Ersatzbauten festgelegt werden soll, wodurch vorgezogen würden: 500 000 Tonnen für Großbritannien und

300 000 für Japan. Nach diesem Plane würden die Vereinigten Staaten von Amerika 15 Kriegs-schiffe, die sich im Bau befinden, und 15 ältere Kriegsschiffe zu streichen haben.

Die maritimen Fragen.

Das Sonderberichterstatter des „New York Herald“ in Washington, Louis Seibold, dessen Vorschläge über die Zustände in Japan kurz vor der Eröffnung der Washingtoner Konferenz ein gewisses Aufsehen erregt haben, teilt seinem Blatt u. a. mit, von englischer Seite sei die Anregung gekommen, die maritimen Fragen einige Tage lang zurückzustellen, namentlich wenn Japan ein wenig mehr Zeit zum Studium des Hughes'schen Planes und zur Formulierung von Gegen-vorschlägen zu haben wünsche. Von der japa-nischen Delegation sagt Seibold, die Sach-verhältnisse ließen durchblicken, daß ihre Gegen-vorschläge bedeutend von denen des Staatssekretärs Hughes abwichen. Admiral Kato habe als Sprecher der Japaner die Vorschläge von Hughes als sehr bestimmt und sehr logisch begrüßt, sich aber bereit zu erklären, daß nach dem vorläufigen Eindruck nicht auf die Politik der japanischen Regierung geschlossen werden dürfe. Der Korre-spondent weist auf die Angelegenheit des japani-schen Oppositionsführers im Parlament Mochizuki hin, der sich nicht als Mitglied der Delegation, sondern als Beobachter im Auftrage seiner Partei in Washington aufhalte, ein Umstand, der die Uneinig-keit zwischen den politischen Parteien Japans ins rechte Licht rücke. Mochizuki habe erklärt, Japan könne die Vorschläge von Hughes nicht annehmen, wenn nicht gleichzeitig die Befestigungen im Stillen Ozean aufgegeben werden. Nach Ansicht vieler ameri-kanischer Marineoffiziere, fährt Seibold fort, würde aber die Aufgabe der Befestigungen unter Um-ständen den Verlust der pazifischen Besitzungen der Vereinigten Staaten bedeuten. Unter den japanischen Zeitungskorrespondenten hat Seibold als vorherrschende Meinung festgestellt, daß Japan möglicherweise die Annahme der Hughes'schen Vor-schläge von einer Verständigung über die Befesti-gung der Besitzungen im Stillen Ozean abhängig machen werde. Die Befestigungen im Stillen Ozean, namentlich auf Manila und Honolulu, seien aber, wie der Korrespondent hinzufügt, Land-befestigungen, die als solche bei der Einschränkung der Landrüstungen zur Sprache kommen müßten.

Das Programm der Abrüstungs-konferenz.

Die Führer der Delegationen der fünf Groß-mächte Hughes, Balfour, Briand, Admiral Kato und Schanger traten gestern vormittag zusammen, um das Programm der Abrüstungskonferenz und das während der Konferenz zu befolgende Ver-fahren zu besprechen. Am Nachmittag hielten die Vertreter der fünf Großmächte mit den belgischen, dänischen, niederländischen und portugiesischen Vertretern eine neue Besprechung über das Programm der Konferenz des fernem Ostens ab. Sobald das Programm für die Arbeiten der Konferenz endgültig festgestellt ist, wird es veröffentlicht werden. Die Erklärung Balfours, er werde morgen die britische Auf-fassung über die Vorschläge Hughes' vortragen, wird als das wichtigste Ereignis des heutigen Vormittags bezeichnet.

Balfours Vorschläge.

Einem Washingtoner Meldung des Reuter'schen Bureaus zufolge wird Balfour vorschlagen, daß an Stelle der zehnjährigen Unterbrechung des Schiffsbaues der Kriegsschiffe jährlich in einem beschränkten Maße vor sich gehen und daß

die Werftanlagen entsprechend verkleinert werden. Andererseits müßten Maßnahmen getroffen werden, um die unbenutzten Anlagen in solcher Ver-zweihtheit zu halten, daß nach Ablauf von zehn Jahren wieder gebaut werden könnte. Groß-britannien hält auch den für Unterseeboote fest-gesetzten Tonnengehalt für zu hoch.

Der Frieden mit Amerika.

Washington, 15. November. Harding hat gestern nachmittags 4 Uhr die Proklamation unter-schrieben, in welcher der Frieden zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

Frankreich und die deutschen Zahlungs-schwierigkeiten.

Paris, 15. November. In der „Tribune“ schreibt Gaston Jeze zur Frage steigender deutscher Zahlungsschwierigkeiten, man könne überzeugt sein, daß die Anwendung von Gewalt zu nichts anderem führen würde, als zu Krieg und zum Abbruch mit den Verbündeten. Man müsse mit den Verbündeten verhandeln, damit die Krisis wirtschaftlich und finanziell in einem den berechtigten Interessen Frankreichs entsprechenden Sinne geregelt werde. Jede Sentimentalität müsse man beiseite lassen. Denn es handle sich darum, die Angelegenheit in Ruhe zu ordnen. England und die Vereinigten Staaten von Amerika würden nicht beiseite stehen. Jeze könne man versichert sein. Frankreich müsse geschickt und klug mit allen Kräften der deutschen Demokratie helfen. Man dürfe nichts unternehmen, was ihr Emporkommen und ihre Konsolidität verzögere. Davon hänge das Heil Frankreichs ab. Die finanzielle Wiederherstellung Frankreichs hänge von allen Dingen und zuerst von seinen eigenen Anstrengungen und der Zusammenarbeit mit den Verbündeten ab. Jeze sagt ferner, jedes Land müsse leiden, wenn 55 Mil-lionen Menschen wirtschaftlich und finanziell in eine solche Lage verwickelt würden, daß sie nicht normal produzieren und verbrauchen könnten. Diese Einschränkung der Produktion und des Verbrauches sei allgemein.

Die Oesterreicher im Burgenland.

Wien, 15. November. Amtlich wird ge-meldet, daß die Bundesstruppen gestern die vorgeschriebene Marschlinie ohne Störung erreicht haben. Nordwestlich Ledenburg sind die Truppen nach Überbreitung der Suttadabahn in Roh-dorf, weiter in Trauburg und Eigenbrunn, nörd-lich von Ledenburg in St. Margarethen und Kieritz eingezogen. Längs des Kenjebler Sees sind die Truppen bis Goldturn und Ridel-dorf, nordwestlich des Sees bis Jarnburg und Ritzler gekommen. Auch jetzt wurden die Truppen von den Burgenländern überall sehr herzlich empfangen.

Wechsel in der Wilauer Zivil-verwaltung.

Konow, 15. November. Laut Nachrichten der litauischen Telegraphen-Agentur aus Wilna sind Jeligomsky und der Vorsitzende der Wilauer Verwaltungskommission R. Lojzek zurückgetreten und nach Warschau abgereist. An die Spitze der Zivilverwaltung ist der polnische Großgrund-besitzer Alexander Rejzowski, der im Kommer-zial-Gebiet Güter besitzt, an die Spitze der Militär-verwaltung General Konarzewski getreten.

Ausflug auf Ichtischerin.

Riga, 15. November. Am 4. d. M. ist auf Ichtischerin in seinem Empfangszimmer ein An-

schlag verübt worden. Es seien auf ihn zwei Revolverkugeln abgegeben worden, die aber fehl-gingen. Der Attentäter soll ein Mitglied der sozialrevolutionären Terroristenorganisation sein. Eine von radikalen Kommunisten geführte außerordent-liche Kommission hat 3000 Verhaftungen vor-genommen. Der Präsident des Obersten Wirt-schaftsrates, Bogdanow, ist abgesetzt und die Kom-mission zur Bearbeitung der ausländischen Kon-gressionen verhaftet worden.

Die Aufstandsbewegung in der Ukraine.

Bukarest, 15. November. Die Agentur Orient-Radio meldet: Nachrichten aus Besarabien besagen: Die Sowjettruppen hätten die Grenze am Dnjestr verlassen, weil eine Verschlimmerung der Aufstandsbewegung in der Ukraine sie zum Rückzuge zwänge.

Die Räumung der besetzten albanischen Gebiete.

Rom, 15. November. Die italienischen Gesandten haben die südlawische Regierung in Belgrad auf-gefordert, wie besetzten albanischen Gebiete mög-lichst bald zu räumen, indem sie auf die Fest-setzung der albanischen Grenze und auf die alba-nischen Vorrechte hinwiesen.

Gemeinderatswahl in Paris.

Paris, 15. November. Bei der Nachwahl im 6. Bezirk von Paris für den Gemeinderat erhielt im ersten Wahlgang der von den Kom-munisten aufgestellte Kandidat Dobina, der wegen Meuterei bei der Schwarzmeerflotte verurteilt war, die höchste Stimmzahl. Der Nachfolgende ist ein Sozialistradikaler. Es ist infolgedessen eine Stichwahl notwendig.

Die irische Frage.

London, 15. November. Gestern mittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten, auf dem über die Antwort der Regierung auf die letzte Mit-teilung des Premierministers von Ulster Beschluß gefaßt wurde.

London, 15. November. Aus dem Ge-fängnis in Dublin sind am Sonnabend 7 Sinn-feiner ausgebrochen.

London, 15. November. Gestern vormittag wurde unter dem Vorsitz Lord George ein Ministerrat abgehalten, in dem die Antwort auf die letzte Mitteilung des Kabinetts von Nord-irland erörtert wurde. Die Beratungen dauerten bis 1 1/2 Uhr. Entsprechend der früheren Ankün-digung werden keine Berichte veröffentlicht. Die Stimmenerbelegten, die mit Ausnahme von Griffith das Wochenende in Dublin verbracht haben, um sich mit de Valera zu besprechen, werden erst nächsten Dienstag wieder in London erwartet.

Die internationale Gewerkschaftshilfe für Rußland.

Berlin, 15. November. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat bekann-lich einen Vertrag mit der russischen Sowjet-regierung abgeschlossen, der die umgehende Durch-führung der internationalen Gewerkschaftshilfe für die notleidende Bevölkerung in Rußland sichern soll. Auf Grund dieses Vertrages eröffnet der Internationale Gewerkschaftsbund nächstens ein Zentralbureau in Petersburg, als dessen Leiter der englische Gewerkschaftsführer O'Neary ge-wonnen worden ist. Als Stapel für die in den verschiedenen Ländern gesammelten Lebensmittel ist Hamburg gewählt worden, von wo sie so schnell wie möglich nach Petersburg und dann unter

fröhliche Art des Spottes, die ihr Verfasser am Philistertum ab, ähnen ihren Reiz so vollkommen und unmittelbar, als erlebe das Werk seine in Wahrheit erste Aufführung. Freilich trug dazu die ganz wundervolle Darstellung das ihre bei, die das Werk durch die Mitglieder der Respijäter Bühne erhielt. An erster Stelle war es Fr. Richard Feil, welcher der Aufführung Stil und Färbung gab. Er verleierte den Ahmann mit jenem überlegenen Spott und Witz, den der Dichter seinem „Dionysius“, einem ehemaligen Fuß-soldaten, in Wahrheit einem Künstlerbambolen eingohaucht hat. Seine Gegenpielerin war Hil. Agnes Hammer, die feinfühlig die richtige Linie fand für die „Dionysos-Frau Charlotte“, die innerlich so wundervoll die Natur Ahmanns erkennt. Als Dritter im Bunde dieser vorzüglichsten Darsteller sei Hr. Walter Neumann, der Dar-steller des Schaubudenbesizers Lemensky genannt; sein derber, zugereifener Humor gab den Szenen des zweiten Aktes die knalligen Farben, die der Dichter des Stückes über sie gebreitet hat. Vor-trefflich war auch Hr. Irma Zeitig in der Rolle des Mädchens und Hr. Albert Willi in der Rolle des jüdischen Hilfsfabrikanten Röhmer.

Die Spielleitung lag in den bewährten Händen des Hrn. Oberregisseurs Max Reib, der dem Werke das stille Tempo teilte, von dem seine zweifelselbständiger Wirkung immer mehr aber weniger abhängig ist.

Klavier-Abend. (Walter Gieseling.) Der Konzertgeber, den man im Bereich der Konzert- und Kammermusik bereits als ein aufsteigendes Gestirn hat kennen und schätzen gelernt, stellte sich nun auch als Klaviersolist vor. Auch in dieser Eigenschaft schritt er sehr günstig ab, dank seinem feinsinnigen, festen und echten Musikertum, dem alles Technische nur Mittel, nicht Selbstzweck ist, etwas, was ihn also von vornherein über das be-sondere Virtuositentum hinaushebt. Wenn trotzdem ein Rechen von solchem der Wiedergabe der großen O-dur-Phantasie op. 17 von Schumann anhaftete, aber sagen wir anzuhaften schen, so

war das mehr psychologisch zu erklären. Wieso-linos Kunst erscheint sozusagen auf den modernisti-schen Geist eingestrichelt, amiel die Nervosität und Sensibilität unserer Zeit. Dem Vortrag der Schumann'schen Phantasie haftet so eine gewisse Unruhe an, eine Nervosität im Rhythmisches und Dynamischen, die mit dem Empfinden dieses typischen Vertreters der intimen und sozusagen bürgerlichen Romantik im Gegensatz steht. Das vorwiegend Tonliche, Klangeisiche und Klangfarbige schwingt z. B. in den schwärmerisch empfindsamen Stellen stärker als das Seelische. Was hier aber bis zu einem gewissen Grade zum Mangel wurde, das wurde dann, als der Künstler zur Wiedergabe moderner Musik vertritt, zum Vorzug. Das er-lah man gleich aus dem Klangfarbenreiz, den er Klavier-Improvisationen Teufels zu entdecken ver-mochte. Diese nervöse und vorwiegend farbige Kunst scheint ihm im gegenwärtigen Stand seiner Ent-wicklung besonders zu liegen.

Liederabend (Margot Barendregt.) Die, wie man hört, aus den Niederlanden kommende Liederfängerin ist bereits in voriger Konzertzeit hier erschienen. Ich hörte sie zum ersten Male. Gesangslich steht sie noch nicht auf jener Höhe, in der die Stimme in allen Lagen ausgeglichen anspricht und die deutliche Aussprache eine Selbst-verständlichkeit ist. Aber die Färbung der Stimme, eines Mezzosopranes von warmem Klang, trennt doch erfreulich zutage, und der Vortrag bezeugt Verständnis und gesundes Empfinden. Unter den Gesäben, die Margot Barendregt bot, befanden sich als Neuheit eine Reihe moderner Gesänge, „Casta“ von Hubert Parady, die von nicht zu bestreitendem, allerdings, wie das in den erotischen Texten begründet ist, mehr langweiliger, als ge-fühlsmäßigem Reiz sind. Am Fingel begleitete unser geschätzter Karl Preßlich in bekannter Vortrefflichkeit.

Führungen durch das Stadtmuseum. In die Führungen des Vereins Heimatbund für die Stadt Dresden soll auch das Stadtmuseum einbezogen werden. Die Sammlungen des Stadi-

muums im Neuen Rathaus bieten die beste Mög-lichkeit, einen vollständigen Überblick über das Wesen und Werden unserer Stadt, über ihre kultur- und kunstgeschichtliche Entwicklung von den ersten Anfängen bis zur Gegenwart zu gewinnen. Die Führungen, die monatlich einmal abgehalten werden, übernimmt Museumsdirektor Dr. Groh-mann, und zwar derart, daß diese Führungen je-weils nach verschiedenen Gesichtspunkten unter-nommen werden, daß aber jeder Führungsvortrag ein geschlossenes Ganzes darstellt. Der erste Vor-trag findet am Mittwoch, den 23. d. M., nach-mittags 6 Uhr im Neuen Rathaus, Eingang Ring-strasse, statt und wird etwa 1 1/2 Stunden dauern. Der Eintrittspreis für eine Führung beträgt 2 M. für die Person. Die Eintrittskarten sind in der Geschäftsstelle des Vereins Heimatbund, Dresden-Alstadt, Mühlbuckler Straße 15, II, zu entnehmen.

Literatur. Der Verlag „La Strène“ in Paris, der sich vorzugsweise mit der Herausgabe von pazifistischen Werken, wie von Romain Rol-land, Barbusse ufm. beschäftigt, läßt drei der meist gezielten Werke Georg Kaisers, darunter „Was“ und „Von Morgens bis Mitternacht“ er-scheinen. Das letztere Werk wird auch demnächst in Gess und damit zum ersten Male in franzö-sischer Sprache auf der Bühne zur Aufführung kommen.

— Georg Hirschfelds Schauspiel „Goya“ erlebte im Münchener Schauspielhaus bei einer Uraufführung eine nur von den Freunden des Dichters beschränkte Ablehnung.

— Am 50. Geburtstag beging gestern die Hannoverische Dichterin Marie Feesche, deren Gedichtsammlung „Erntediegen“, „Von Wanderwegen“, „Von blühenden Feldern“ und „Fallende Tropfen“ jede in mehr als 50 000 Stücken ver-breitet sind. Marie Feesche ist in erster Linie religiöse Lyrikerin. Aus ihren Gedichten spricht innige Naturverbundenheit und tiefe Heimaliebe. In den Kriegsjahren erschienen von ihr die Samm-

lungen „Vom segnenden Leid in hatter Zeit“, „Von Krieg, Sieg und Segen“, „Den Müttern“, 1918, jedann „Vom goldenen Schein“ und „Vom Leben, Lieben und Leiden“. Die abgeklärte, edle und ausgeglichene Epoche ihrer Dichtungen wird weit über ihre nieder-sächsischen Heimat hinaus im ganzen Reich vernommen; sie will, wie es im Schlusssatze ihrer Sammlung „Vom goldenen Schein“ heißt, Trotz in des Nächsten Tage tragen.

Bildende Kunst. Bei der Verfertigung einer großen Jagdplumierung alter Graphit bei E. G. Boerner in Leipzig wurden für englische Jagd-plumierung phantastische Preise gezahlt, die in keinem Verhältnis mehr zu dem Kunstwert der Blätter stehen. So wurden für einige farbige Aquatinta-blätter von Wolfenholme zusammen etwa 400 000 M. angelegt. Die zwei farbigen Schab-kunfblätter „Verteilter Sportsmann“ von John Raphael Smith erzielten 360 000 M. Gones „Faltenjagd“ 170 000 M., Johnes „Holenjagd“ 180 000 M., die große „Fuchsjagd“ Henry Allens 160 000 M. Für Einzelblätter Norlands wurden bis zu 150 000 M. („Inneres eines Jagdhauses“) und 180 000 M. („Wälder des Sportsmannes“) gezahlt. Rowlandsons „Fuchsjagden“ brachten es auf 140 000 M. und 165 000 M. Das Genre-tau von Ward „Familie in Landshalt“ wurde für 180 000 M. verkauft. Hinter diesen Preisen blieben die Preise für persische Miniaturen und altheutische Kupferstiche weit zurück. Nur das große Prachtblatt des „Heiligen Hubertus“ von Düren konnte neben den englischen Sportsbildern mit 210 000 M. sich angemessen behaupten.

Musik. Zu einem künstlerischen Ereignis ge-haltete sich die Uraufführung von Walter Braunsfels' „Vögel“ im Kölner Opernhaus. Der Inhalt der „Vögel“ ist eine ferie Nach-dichtung des bekannten literarisch-politischen Ro-mödienstücks des Aristophanes.

Leitung O'Grady nach ihrem Bestimmungsorten transportiert werden. Mit der Errichtung eines Kinderheims in den von der russischen Regierung noch näher zu bestimmenden Orten soll sofort begonnen werden.

Ende des allgemeinen Ausstandes in Rom.

Rom, 15. November. Der allgemeine Ausstand wurde gestern morgen beendet.

Ausstand der Arbeiter der New Yorker Bekleidungsindustrie.

New York, 15. November. 60 000 Arbeiter der New Yorker Bekleidungsindustrie sind in den Ausstand getreten.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 14. November.

Bei den Dresdner Stadtverordnetenwahlen am 13. November sind u. a. folgende Vertreter und Anhänger der christlichen Schule gewählt worden: Rechtsanwalt Platter, Lehrer W. Kühn, Oberlehrerin Ohnesorge, Lehrer v. Seydlitz, Landtagsabgeordneter Voigt.

Dem Polizeipräsidenten Dresden ist für den Monat November nur eine so geringe Menge Betriebsstoff zugewiesen worden, daß noch nicht der Bedarf der im öffentlichen Interesse unbedingt notwendigen Kraftfahrzeuge gedeckt werden kann. Die Stellung von Anträgen für Monat November ist daher überflüssig, mündliche oder telefonische Anfragen sind zwecklos. Anträge für weitere Monate sind bis 6. jeden Monats schriftlich bei Abteilung E einzureichen.

Das Präsidium des Polizeipräsidenten teilt folgendes mit: Ein Arbeiter hat in den letzten Tagen für eine Damenmutter, die er auf dem Fundamente des Polizeipräsidenten als von ihm gefunden abgeliefert, vom Verleüßträger statt des gesetzlichen Kinderlohns an 282 M. einen solchen von 5000 M. und eine Schülerin für die Abgabe einer goldenen Brosche, die vorwiegend persönlichen Wert für die Verleüßerin besaß, eine Belohnung von 500 M. ausbezahlt erhalten.

Auf dem Rittergut Oberpfeiferwitz bei Pöhlappel hat sich am Montag eine entsetzliche Missetat zugetragen. Der dort bedienstete Unterschweizer Alfred Philipp Heiligen Schmid drang in die Wohnung des Oberweizers Frechner ein, um vermutlich dort einen Raub auszuführen. Bei dieser Tat wurde er jedoch erwischt, worauf er mit einem Messer auf die 54 Jahre alte Ehefrau des Oberweizers einschlug und dieser den Schädel spaltete. Der Zustand ist sehr bedenklich. Auf das Schreien der Kinder ließ schließlich Heiligen Schmid von weiteren Gewalttaten ab und ergab sich der Flucht. Hierzu geht uns vom Präsidium des Polizeipräsidenten folgende Meldung zu: Der flüchtige Täter, Fritz Georg Meißner, ist am 11. Polizeibezirk in Leipzig festgenommen worden. Er ist gehandigt, die verheiratete Frechner mit dem Beile niederschlagen zu haben, um das in der Wohnung befindliche Geld zu stehlen und dann zu entfliehen, weil er befürchtete, wieder in die Anstalt zurückgebracht zu werden.

Die Heiteren Künstlerabende im Hofschwandvieth bieten wieder eine abwechslungsreiche und allabendlich sehr heiterlich ausgenommene Unterhaltung. Die Opernsängerin Gerda Koppa erfreut mit Arien und Liedern, die sie dank ihrer Stimmkraft und ihres trefflichen Vortrages mit bestem Erfolge singt. Das gleiche gilt von dem Tenoristen Hugo Juh, dessen weiche lyrische Stimme außerordentlich gefällt. Die Vortragskünstlerin Marie Polm singt moderne Chansons. Rad-Briefe ist ein Gesangs- und Tanzduett, das in vorzüglicher Weise unterhalten bringt, sei es bei der Nachahmung des Fortrott-Tanzes oder mit der köstlichen Negerferiende. Fritz Liebscher ist ein Junger von gutem Geschmack, der eine Fülle von Liedern und Scherzen bietet, mit denen er Stürme der Heiterkeit entfesselt. Allen Künstlern ist Kurt Eichhorn ein verständnisvoller Begleiter, und Kapellmeister Georg Heind umrahmt die Darbietungen mit wohlgeklungenen Konzertschönen.

Auf der Volkshochschule wird der ausgezeichnete Humorist Walter Steiner für seine wähdig wechselnden Darbietungen jeden Abend mit wohlverdientem reichem Beifall überschüttet. Auch die übrigen Künstler haben ihr Programm geändert und bieten viel Interessantes.

Sächsische Angelegenheiten.

Weitere Ergebnisse zu den sächsischen Gemeindevahlen.

Aber die Gemeindevahlen vom vergangenen Sonntag liegen folgende weitere Meldungen vor: Leipzig. Die Bürgerlichen Parteien haben drei Sitze gewonnen, die Sozialisten dagegen drei Sitze verloren. Es stehen sich also 36 Bürgerliche und 36 sozialistische Mandate gegenüber. Die Unabhängigen sind von 32 auf 25 Mandate zurückgegangen. Die Rechtssozialisten haben ein Mandat, die Demokraten elf (17) eingebüßt. Die Kommunisten erhielten sechs Sitze, bisher hatten sie nur einen inne.

Frankenberg. Die am Sonntag im hiesigen Amtgerichtsbezirk stattgehabten Gemeindevahlen hatten folgendes Ergebnis: Lichtenwalde: 3 Bürgerliche, 4 Rechtssozialisten, 2 Kommunisten. Merzdorf: 7 Sozialisten, 1 Parteilofer, 2 Bürgerliche. Garndorf: 5 Bürgerliche, 4 Sozialisten. Niederlichtenau: 5 Bürgerliche, 4 Sozialisten.

Wachwitz. 7 Bürgerliche, 5 Sozialisten (bisher: 6 Bürgerliche, 6 Sozialisten).

Stadt Wehlen. Die Liste der U. S. P. Winstock erhielt 123 Stimmen (2 Sitze), die Rechts-

heitsliste Israel 143 Stimmen (2 Sitze) und die Bürgerliche Liste Wehner 258 Stimmen (5 Sitze). Wittenberg. U. S. P. 802 Stimmen, 5 Sitze (3), S. P. D. 832 Stimmen, 4 Sitze (7), Hausbesitzer 233 Stimmen, 2 Sitze, Gewerbetreibende 211 Stimmen, 1 Sitz (2).

Ottendorf b. Sebnitz. Bei der Gemeindevahlen wurden von 438 Wahlberechtigten nur 281 Stimmen abgegeben. Die U. S. P.-Liste erhielt 121 Stimmen, 4 Sitze (3), die Bürgerlichen 152 Stimmen, 6 Sitze.

Sonnenberg. Die Gemeindevahlen hatten folgendes Ergebnis: U. S. P. erhielten 113 Stimmen, 2 Mandate (1), die S. P. D. 189 Stimmen, 4 Mandate (7), die Kommunisten 46 Stimmen, 1 Mandat (-) und die Bürgerlichen 77 Stimmen, 1 Mandat.

Herzligswalde. Bei der Gemeindevahlen erhielten die U. S. P. 8 und die Bürgerlichen 5 Sitze.

Reinmannsdorf. Bisher waren im Gemeinderat 10 Rechtssozialisten und 2 Bürgerliche vertreten. Bei der Wahl am Sonntag erhielt die U. S. P. 324 Stimmen und 6 Sitze und die Rechtssozialisten 371 Stimmen und 6 Sitze. Die Bürgerlichen und Kommunisten erhielten keine Stimmen.

Burg. Bei der Gemeindevahlen erhielten U. S. P. 591 Stimmen, S. P. D. 402, S. P. D. 151 und die Bürgerlichen 330 Stimmen.

Hainichen. Die Bürgerlichen erhielten 8, die Beamten 2 und die Sozialdemokraten 8 Sitze.

Volkersdorf bei Moritzburg. Bei der Gemeindevahlen machten hier von 259 Wahlberechtigten Personen 230 = 89 Proz. von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es entsfielen auf Liste Pföhner (rechts) 5, Liste Dypis (links) 3 Sitze, gegen vorher 4 : 4.

Großröhrsdorf. 14 Bürgerl., 12 Soz. (bisher 12 Bürgerl., 14 Soz.).

Hildersdorf bei Freiberg. 4 Bürgerliche, 6 Rechtssozialisten, 2 Unabhängige. Bisher 5 Bürgerliche, 7 Rechtssozialisten.

Neumarkt i. V. Hier wurde abermals eine bürgerliche Mehrheit erzielt. Dargestellt zürhen 8 Bürgerliche und 5 sozialistische Vertreter in den neuen Gemeinderat ein; bisher war das Verhältnis 7 zu 6.

Zangenau bei Freiberg: 10 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche.

Großhartmannsdorf bei Freiberg: Gewerbeverein 3, Landwirtschaftlicher Verein 3, Festbesoldete und Beamte 1, Rechtssozialisten 4, Unabhängige 1 Sitz.

Zug bei Freiberg: Bürgerliche 5, Mehrheitssozialdemokraten 8, Unabhängige 3 Sitze.

St. Michaelis bei Freiberg: Bürgerliche 8, Sozialdemokraten 8 Sitze.

Kalbsbrücke: Hausbesitzerverein 4, Beamte 3, Mehrheitssozialdemokraten 5, Unabhängige 3 Sitze.

Weißborn: Bürgerliche 4, Mehrheitssozialdemokraten 5, Unabhängige 3 Sitze.

Wartenberg. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag erhielt die Liste der Hausbesitzer 8 und die der Beamten 3 Sitze, während auf die Linksparteien 7 Sitze (Mehrheitssozialisten 3 und Unabhängige 4) entfielen.

Halsbach: Bürgerliche 3, Mehrheitssozialdemokratie 4, Unabhängige 1 Sitz.

Tautendorf: Bürgerliche 3, Sozialdemokraten 5 Sitze.

Wiltzen: 7 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten (bisher 6 Bürgerliche, 8 Sozialdemokraten).

Schönbach. In das neue Stadtparlament werden 5 Bürgerliche und 7 sozialistische Abgeordnete eingehen. Es haben nur 135 bürgerliche Stimmen gefehlt, um Stimmengleichheit herbeizuführen.

Sohlau a. d. Elbe: 10 Bürgerliche, 10 Sozialdemokraten (bisher 8 Bürgerliche, 12 Sozialdemokraten).

Leipzig. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Leipzig hat zur Einverleibungsfrage der Gemeinden Großschöcher, Wahren, Leutzsch und Paunsdorf Stellung genommen. Er lehnte das als endgültig bezeichnete Angebot in Höhe von 5 1/2 Millionen M. Entschädigung ab. Da der Rat der Stadt Leipzig weitere Verhandlungen nicht wünscht, wartet der Bezirksausschuß ab, bis sich der Rat mit den Gemeinden über den Termin der Eingemeindung geeinigt hat; erst dann wird der Bezirksausschuß seine Entschädigungsforderung geltend machen. Über die Sachlage ist der Kreisamtspräsident und den vier Gemeinden zu berichten.

Chemnitz. Der Kreisamtspräsident der Amtshauptmannschaft Chemnitz hat die Darlehensaufnahmegesuche der Stadt Waldenburg in Höhe von 180 000 M., der Stadt Elberndorf in Höhe von 250 000 M. und der Stadt Marienberg in Höhe von fast einer halben Million M. befürwortet, ebenso die Bürgerschaftsförderung der Stadtgemeinde Chemnitz in Höhe von 400 000 M. aus Anlaß der Darlehensaufnahme der Siedlungsgesellschaft Chemnitz-Mitendorf bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Werbau. Am 10. d. M. fand im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Werbau die dritte Sitzung des Rates beim Bezirksamt für Kriegerversorgung statt. Behandelt wurden u. a. die Entsendung von Kindern in Wohnungsheime, die Rentenanerkennung sowie die Zahlung der laufenden Feuerungszuschüsse an Schwerekriegsbeschädigte und erwerbsunfähige Hinterbliebene.

Schönbach i. S. Am 9. d. M. ist hier der General der Infanterie a. D. Oskar v. Ehrenthal gestorben. Der Verstorbene war ein hervorragender Offizier, der ruhmvollen Anteil am Weltkrieg genommen hat. Während des Krieges

wurde er mit der Führung eines Reservekorps betraut, trat aber im Juni 1917 von dieser Stellung zurück, da er im Feldzuge ein Auge eingebüßt hatte. Bei seinem Rücktritt wurde ihm das Großkreuz des Verdienstordens und des Ordens Pour le mérite verliehen. Außerdem war der Verborebene Kommandeur 2. Klasse des Militär-St.-Heinrichs-Ordens. Die Beisetzung hat dem Wunsche des Heimgegangenen entsprechend in aller Stille in Schönbach stattgefunden.

Wohnig i. E. Die sächsischen Kollegien haben eine 100 prozentige Erhöhung der Schornsteinfegergebühren ab 1. Oktober 1921 beschlossen.

Röhschendorf. Der Hauptausschuß für die Vereinigung der Röhschendorfer Röhschendorf, Raundorf, Riederlöbnitz, Oberlöbnitz, Radebeul und Zitzschewitz hat seine letzte Sitzung gehalten. Er empfiehlt die Vereinigung zu einer Stadt mit verbliebener Städteordnung, als deren Leiter einen erfahrenen Verwaltungsbeamten (nicht Juristen) und als Namen „Röhschendorf“.

Tageschronik.

Berlin, 15. November. Die Not der Zeit hat gestern drei greise Geschwister in den Tod getrieben. Das 71jährige Fräulein Alwine Lausch, deren 68jähriger Bruder, der Hausbesitzer Andreas Lausch, und der Stiefbruder der beiden, der 63jährige Zeichner Gustav Recke waren in so schwerer Not geraten, daß es ihnen an Geld fehlte, auch nur die notwendigsten Kleidungsstücke und Lebensmittel zu kaufen. Da sie infolge ihres hohen Alters nichts mehr verdienen konnten, ihre Ersparnisse aber aufgebraucht waren, so wußten sie keinen Ausweg mehr und beschloßen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Gestern machten sie nun in ihrer Wohnung in der Schönhäuser Allee 171 mit Leuchtgas ihrem Leben ein Ende. Die ärmtliche Kleidung der drei alten Leute ließ schon seit längerer Zeit erkennen, daß sie schwer gekämpft hatten, um ihr Leben zu fristen.

Berlin, 15. November. Eine Banknotenfälscherbande, deren Werkstatte dieser Tage durch die Berliner Kriminalpolizei ausgehoben worden ist, beschäftigte sich mit der Herstellung falscher holländischer Guldennoten. Schon seit langer Zeit sind diese falschen Noten in verschiedenen deutschen Städten aufgetaucht. Die geschädigte Niederländische Bank sandte zur Ermittlung der Fälscher den Chef der politischen Abteilung der holländischen Kriminalpolizei nach Berlin. Außer in Berlin sind auch in Warmen einige Mitglieder dieser Gesellschaft festgenommen worden. Dabei stellte es sich heraus, daß man es mit einem Komplott zu tun hatte, das sich schon früher wegen der Herstellung falscher Rubelnoten vor Gericht zu verantworten hatte. Der Hauptangehörer dieser falschen Scheine war ein aus Rumänien stammender früherer Gutsbesitzer Baron v. Burdick.

Hamburg, 15. November. Seit einigen Tagen bemerken Fischer ein rätselhaftes, fischähnliches Tier in der Elbe. Die Vermutung, daß ein Walfisch durch den letzten orkanartigen Sturm in die Elbe verschlagen worden sei, bestätigte sich; das Tier war ein Finnlandwal. Jetzt ist es Fischern aus Hoopse gelungen, das mächtige Tier zu erlegen. Sie umstellten es und trieben es ans Ufer, wo es durch einige Gewerksleute getötet wurde. Der Wal hat eine Länge von 5 bis 6 m und einen Raumpfang von 3,30 m. Das Gewicht wird auf 39 bis 40 Zentner geschätzt. Ein Hamburger Unternehmer, der das Tier ausstellen will, bot den Fischern sofort 22 000 M. Der Walfisch soll in einer Gastwirtschaft in Friedenberg bei Nienmüde ausgestellt werden.

Wittenberg, 15. November. Bei den Bürgerwahlen am vergangenen Sonntag erhielten von insgesamt 64 000 Stimmen die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen 31 068 Stimmen, die Kommunisten 4317 Stimmen und die vereinigten bürgerlichen Parteien 19 794 Stimmen, der unpolitische Bürgerbund 3535 Stimmen und die Grundeigentümer 5076 Stimmen. Das Verhältnis der sozialistischen Abgeordneten zu den Bürgerlichen in der neuen Bürgerschaft ist 44 zu 36.

Frankfurt a. M., 15. November. Die Taunus-Erdbewandte registrierte am Freitag abends ein kräftiges Fernbeben. Der Herdabstand betrug 5000 km. Das Beben dauerte 1 1/2 Stunden.

Wiesbaden, 14. November. In der Offabrik Jantch in Döppheim ist heute mittag ein Benzinkan, der im Keller untergebracht war, explodiert. Das vierstöckige Gebäude stürzte in sich zusammen und begrub fünf oder sechs Arbeiter unter seinen Trümmern. In der gegenüberliegenden Fabrik sind sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert und durch Glassplitter etwa hundert Arbeiterinnen zum Teil erheblich verletzt worden. Auch am Gebäude und den Maschinen ist schwerer Schaden angerichtet worden. Die Oberräte der Jantchschen Fabrik gerieten in Brand. Das Feuer wütete abends noch fort.

Woburg, 15. November. Bei der Stadtverordnetenwahl am vergangenen Sonntag wurden 9047 Stimmen abgegeben, wahlberechtigt waren 15 200. Die Wahlbeteiligung betrug demnach etwa 60 Proz. Es wurden gewählt 15 Bürgerliche (Einheitsliste), 7 Rechtssozialisten, 2 Unabhängige und 1 Bayerisch-Volkshändler. Vorher waren von 21 Stadtverordneten 12 bürgerlich.

Wittenberg, 14. November. Gestern ist auf einer Autofahrt auf der Chauffee Tschau-Ritola General Peronb mit seiner Gattin verunglückt. Peronb

ist unterlegt, seine Gattin leicht verletzt. Der Führer hat schwere Knieverletzungen erlitten. Paris, 14. November. Am Montag nachmittag ist ein Luftkompressor in einer Automobilfabrik am Kai de Javel explodiert. Es entstand ein Brand, der rasch gelöscht werden konnte. Die Explosion hat zehn Opfer gefordert. New York, 14. November. Die Zahl der Arbeitslosen in New York beträgt zurzeit 343 000 Mann gleich 13 Proz. aller Erwerbstätigen New Yorks.

Zu den Oberammergauer Passionsspielen sind bisher je 60 000 Amerikaner und Engländer angemeldet. Die Aufenthaltbewilligung für jeden Passionspielbesucher wird auf drei Tage ausgestellt. Die Ausländer müssen Kalutapreise bezahlen.

Kunstanzeigen.

Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper. Opernhaus, Mittwoch, den 16. d. M. „Joseph in Ägypten“. Jakob - Friedrich Bläschke, Joseph - Fritz Vogelstrom, Simeon - Waldemar Staegemann, Benjamin - Rüdiger Stephan. Musikalische Leitung: Hermann Kupfchbach. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 17. d. M. „Die Entführung aus dem Serail“. Bassa Selim - Julius Buttlich, Konstanze - Riebel v. Schwab, Blondchen - Grete Kerrem-Ritsch, Belmonte - Richard Tauber, Pedrillo - Hans Rüdiger, Domin - Georg Zeitmahr. Musikalische Leitung: Hermann Kupfchbach. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus, Mittwoch, den 16. d. M. nächste Wiederholung des Dramas „Armand Carrel“ von Moriz Heimann in der Besetzung der Uraufführung. Spielleitung: Berthold Viertel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 18. d. M. wird das in der vorigen Spielzeit neu insubstanzisierte Lustspiel „Der Senator“ von F. v. Schönthan und G. Kadelburg wieder in den Spielplan aufgenommen. Besetzung der Hauptrollen: Senator - Adolf Müller, Helene - Auguste Diacono, Agathe - Alice Berden, Stephanie - Jenny Schaffer, Mittelbach - Alfred Meyer, Doktor Wehring - Alexander Bierth. Spielleitung: Alexander Bierth. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Aufführung des Deutschen Requiem von Brahms morgen, Freitag, in der dreiförmigen Fassung beginnt pünktlich um 6 Uhr und endet um 1/2 Uhr. Einlaß in die Kirche, die beginnt um 1/2 Uhr.

Volkshochschule. Am Mittwoch, den 16. d. M. (Wußtag) sollen sämtliche Kurse der Volkshochschule aus, auch der des Fräulein Dr. Franz Rodtner, jedoch dessen Hörer nicht am 16., sondern erst am Mittwoch, den 23. d. M. wieder zusammenkommen.

Volkswirtschaftliches.

Die Teuerung im Reich. Die Teuerung hat im Monat Oktober infolge der rasch fortschreitenden Entwertung der Mark weiter stark zugenommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf 1146 (gegenüber 1062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913/14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 %, gegenüber Januar dieses Jahres um 21,4 %, gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 %. Im Berichtsmontat haben sich auch die Ausgaben für Holz- und Leuchtstoffe und für die Wohnungsmiete erhöht; in der Hauptsache ist jedoch die Erhöhung der Indexziffer darauf zurückzuführen, daß die Aufwendungen für die Ernährung stark gestiegen sind. Die Indexziffer für die Ernährung allein ist im Oktober auf 1532 gestiegen, was eine Erhöhung gegenüber September dieses Jahres um ungefähr 8 Proz., gegenüber Januar dieses Jahres um 21,1 Proz. und gegenüber Oktober des vorigen Jahres um 35,7 Proz. bedeutet. Zu dieser Erhöhung der Ernährungsindexziffer tragen - teilweise recht beträchtliche - Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei. Nur der Brotpreis hat sich durchschnittlich nicht geändert, die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben etwas nachgelassen. Zagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer geworden. Besonders groß sind die Preissteigerungen für die von der Einfuhr beeinflussten Nahrungsmittel: Hülsenfrüchte, Fette und Eier. Auch Fleisch und Fisch haben im Preis angezogen, während für Rohmittel die Preisbewegung nicht einheitlich war.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden. Wetterlegende vom 15. November 7 Uhr früh

Table with columns: Station, Temp. gestern, Beobachtungen heute (10-12 Uhr), Temp., Wetter. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Amtlicher Teil.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 12. November 1921 (Beilage zur Sächs. Staatszeitung Nr. 265 vom 13. November Seite 1) werden die Gemeindevorstände...

Das Reich hat Hilfsmassnahmen zur Ermöglichung der Durchführung dieser Verpflichtung in Aussicht gestellt, über die sobald als möglich weitere Verordnungen ergehen wird. 2450e II G Dresden, am 14. November 1921. 6918 Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Verordnung

über die Wegfallstellung von Miet- und Pachtverträgen vom 11. November 1921.

§ 24 der Verordnung, die Steuerbefreiung von Miet- und Pachtverträgen über in Sachsen gelegene Grundstücke betreffend, vom 12. Oktober 1909 (S. S. 152) wird wie folgt abgeändert:

§ 24 (1). Auf die Wegfallstellung rückständigen Miet- oder Pachtvertragsstempels, dessen Uneinbringlichkeit erwiesen oder wahrscheinlich ist, sind die Vorschriften in §§ 93, 94 der Verordnung vom 25. Juli 1900 (S. S. 618 ff.) in der Fassung vom 8. November 1911 (S. S. 197) mit den nachstehenden Abweichungen anzuwenden.

(2). In den Fällen, in denen der Schuldner a) nach einem anderen im Freistaat Sachsen gelegenen Orte verzogen ist und der Rückstand nicht mehr als 5 M. beträgt,

b) nach einem anderen außerhalb des Freistaats Sachsen gelegenen Orte verzogen ist und der Rückstand nicht mehr als 15 M. beträgt, ist regelmäßig von einer Ansetzung der ausstehenden Beträge abzugehen und der rückständige Stempelbetrag ohne weiteres in Wegfall zu stellen, es sei denn, daß die ausstehende Beträge schon wegen der Vertheilung sonstiger Abgabebeträge angesetzt werden muß.

(3). An Stelle der Genehmigung der Bezirkssteuerbeamten (§ 94 Abs. 3) tritt, soweit es einer solchen Genehmigung nach Absatz 2 noch bedarf, die Genehmigung des Finanzamtes. Die Anträge auf Erteilung dieser Genehmigung sind in tabellarischer Form nach dem bisherigen Muster mit einem kurzen Gutachten an das Finanzamt einzureichen.

(4). Ist der Steuerpflichtige von dem Orte der Steuerbehörde verzogen und beträgt der geschuldete Steuerbetrag nicht mehr als 5 M., so kann auch die in § 14 vorgeschriebene Benachrichtigung unterbleiben und der Stempelbetrag ohne weiteres in Wegfall gestellt werden, sofern

die in § 14 vorgeschriebene Benachrichtigung nicht gleichzeitig mit anderen Benachrichtigungen in Steuerfachen erfolgen kann. 6901 Dresden, 11. Nov. 1921. Finanzministerium.

Die Tierärzte Dr. Hesse in Pirna, Hühner in Dohna und Dr. Müller in Sebnitz sind als Stellvertreter des Bezirksärztes für den Veterinärbezirk Pirna gemäß § 12 Absatz 2 der Verordnung zur Ausführung des Viehschutzgesetzes vom 7. April 1912 verpflichtet worden. Dresden, 12. Nov. 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Die Firma Simon & Hiert in Leipzig-Plagwitz, Johannisstraße 91/93 — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. Hillig, Dr. Franz und Dr. Goldschmidt in Leipzig — klagt gegen den Rohprodukthändler R. Löwenstein, früher in Geleitz, Westf., jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß ihr gegen den Beklagten wegen Nichtlieferung von Waren ein Schadenersatzanspruch im Teilbetrage von 20 000 M. zustehe, mit dem Antrage, zu erkennen: Der Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, an die Klägerin 20 000 M. nebst 5 v. H. Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung zu zahlen; das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 13. Kammer für Handelsachen des Landgerichts zu Leipzig auf den 19. Januar 1922, vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. 6762 Leipzig, den 7. November 1921. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Die Firma Wittig & Schwabe in Venzelitz, Ergebeite — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Dr. Reichmann in Leipzig — klagt gegen den Kaufmann Joseph Lohde, früher in Röhndorf, Dreimühlentstr. 1, 111, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß der Beklagte ihn auf Grund einer abgetretenen Wechselforderung einen Teilbetrag von 30 000 M. schulde, mit dem Antrage, zu erkennen: Der Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, an die Klägerin 30 000 M. nebst 6 v. H. Zinsen seit dem 30. August 1921 zu zahlen; das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 13. Kammer für Handelsachen des Landgerichts zu Leipzig auf den 19. Januar 1922, vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. 6763 Leipzig, den 8. November 1921. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Auf Blatt 454 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Kristallwaren- und Silberwarenfabrik Kam und Tenzer in Weidendorf betr., ist heute folgendes eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma lautet künftig: Kristallwaren- und Silberwarenfabrik Sebastian Kam. Josef Tenzer ist ausgeschieden. Der Fabrikant Andreas Sebastian Kam in Weidendorf hat das Handelsregister übernommen. 6904 Amtsgericht Bischofswerda, 14. November 1921.

Auf Blatt 556 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Friedrich Zeinert in Burgstädt betr., ist heute folgendes eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. 6905 Burgstädt, 11. Nov. 1921. Das Amtsgericht.

Indas Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. am 9. November 1921 auf Blatt 359; die Firma A. A. Müller & Co. in Kartneutichen;

2. auf Blatt 15225, betr. die offene Handelsgesellschaft Bremer & Müller in Dresden; Prokura ist erteilt dem Kaufmann Hans Günther in Dresden; 3. auf Blatt 11482, betr. die Firma Cigaretten-Fabrik Wre & Co. in Dresden; Der Kaufmann Kurt Willy Wre ist ausgeschieden. Der Kaufmann Rudolf Kärchner in Dresden ist Inhaber. Er hat sich nicht für die im Betriebe des Geschäftes begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; 4. auf Blatt 6990, betr. die offene Handelsgesellschaft Knecht & Volkmer in Dresden; Der Kaufmann Eugen Alexander Josef Volkmer ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Carl Hermann Georg Volkmer führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleininhaber fort; 5. auf Blatt 6961, betr. die Aktiengesellschaft Saaren-Einkaufs-Berein zu Görlitz Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Dresden in Dresden, Zweigniederlassung der in Görlitz unter der Firma Saaren-Einkaufs-Berein zu Görlitz Aktiengesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft; Prokura ist erteilt dem Kaufmann Carl Walter Hüttig in Dresden. Er ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem ordentlichen oder einem Stellvertretenden Vorstandsmitgliede zu vertreten;

6. auf Blatt 15905, betr. die Gesellschaft Siemens-Elektronen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden; Der Obergerichtsrat Hermann Kändler ist nicht mehr Geschäftsführer;

7. auf Blatt 3191, betr. die offene Handelsgesellschaft Albert Sauerzapf in Dresden; Die Benennungen des Geschäftsführers, des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Ferdinand Johannes Sauerzapf lauten richtig: Ferdinand Johannes Albert Wilhelm. Die Prokura des Kaufmanns Karl Wilhelm Adolf Wiegand ist erloschen;

8. auf Blatt 9833, betr. die Firma Emil Weber in Dresden. In das Handelsregister sind als persönlich haftende Gesellschafter eingetragen die Kaufleute Karl Emil Weber und Wilhelm Siebold Max Wertz, beide in Dresden. Die hierdurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen;

9. auf Blatt 16789 die Firma Steinmobile Walter Rother in Dresden. Der Ingenieur Paul Walter Rother in Dresden ist Inhaber. (Geschäftszweig: Mechanische Barmessung von Viehstimmmodellen und Formen aller Art nach besonderen Verträgen. D. R. P. a.) 6916 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 12. Nov. 1921.

Im Handelsregister ist am 11. November 1921 auf Blatt 403 bei der Firma Adolf Köhlig in Neugersdorf eingetragen worden: Gustav Adolf Köhlig in Neugersdorf ist ausgeschieden. Gesellschafter sind a) Emilie Ernaise verm. Köhlig geb. Theinert in Neugersdorf, b) die Banbeamten Ehefrau Martha Lisa Böhm verm. gem. Huber geb. Köhlig in Wiedersb. b. Ragdeburg, c) die Kaufmanns Ehefrau Ida Martha Hoffmann geb. Köhlig in Neugersdorf. Die Gesellschaft ist am 27. Juni 1921 errichtet. Die unter b) und c) Genannten sind von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Viktor Herbert Hoffmann in Neugersdorf. 6906 Amtsgericht Ebersbach, am 12. November 1921.

Auf Blatt 1253 des Handelsregisters ist heute die unter der Firma Holzer & Münch in Freiberg neuerichtete offene Handelsgesellschaft eingetragen worden: Gesellschafter sind: der Handlungsführer Ernst Hermann Holzer in Freiberg und der Kaufmann Max Kurt Münch in Hohenstein-Ernstthal. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Handlungsfabrikation. 6907 Amtsgericht Freiberg, am 14. November 1921.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 9. November 1921 auf Blatt 359; die Firma A. A. Müller & Co. in Kartneutichen;

Zweigniederlassung der in Görlitz (Tschob-Stomatei) bestehenden Hauptniederlassung. Gesellschafter sind a) der Fabrikant Franz Xaver Müller, b) der Kaufmann Anton Wiedl, c) der Kaufmann Ernst Wiedl, d) die Kaufmanns Ehefrau Susanna Wiedl, e) die Kaufmanns Ehefrau Philippine Wiedl, sämtlich in Görlitz wohnhaft. Die unter d) und e) Genannten sind von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Angegebener Geschäftszweig: Musikinstrumentenfabrikation;

2. am 10. November 1921 auf Blatt 261, betr. die Firma G. Reinhold Schmidt in Kartneutichen; Prokura ist erteilt dem Kaufmann Emil Weigelt in Kartneutichen. 6914 Amtsgericht Kartneutichen.

Im Handelsregister hier wurde heute auf Blatt 109 über die Vereinigte Jäger- und Kadelwerte Aktiengesellschaft in Weichen eingetragen: Die Generalversammlung vom 7. November 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um eine Million zweihunderttausend Mark, zerfallend in acht-hundert Inhaberkonten über je eintausendfünfhundert Mark, mithin auf drei Millionen sechshunderttausend Mark beschlossen. Die neuen Aktien werden zum Mindestkurs von 125 % ausgegeben.

Zur Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 7. April 1886 ist durch den gleichen Beschluß auch in anderen Punkten abgeändert worden laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage. 6908 Weichen, 12. Nov. 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 19 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Thob'sche Papierfabrik Aktiengesellschaft in Hainberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 7. November 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zehn Millionen dreihunderttausend Mark in neunhundertvier-hundert auf den Inhaber lautende Stammaktien zu eintausend Mark und neunhundert auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu eintausend Mark zerfallend, mithin auf sechzehn Millionen fünfhundert-tausend Mark beschlossen. Der Ausgabekurs beträgt 120 %.

Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 29. Oktober 1903 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariats-urkunde vom 7. November 1921 auch in anderen Punkten abgeändert worden. 6909 Amtsgericht Zschonitz, 12. November 1921.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zigarrenhändlers Karl Zöbber in Wurzen, Jakobstraße, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und infolge eines von dem Gemeindeführer gemachten Vor schlägs zu einem Zwangsvergleichs Vergleichstermin auf den 7. Dezember 1921, vormittags 10 Uhr vor dem hiesigen Amtsgerichte anberaumt worden. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. 6910 Amtsgericht Wurzen, den 12. November 1921.

Laut Anzeige ist das Einlagebuch Nr. 25400 der Sportasse zu Hohenstein-Ernstthal, auf den Ramen Käse lautend, abhanden gekommen. Der etwaige Inhaber des Buches wird aufgefordert, seine Ansprüche auf das Buch zur Vermeidung des Verlustes binnen drei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung an, bei der hiesigen Sportasse geltend zu machen, andernfalls das Buch für ungültig erklärt werden wird. 6911 Hohenstein-Ernstthal, 12. November 1921. Der Stadtrat.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Das heute eingegangene 26. Stück des Sächsischen Gesetzblattes enthält: Bel. über das Landespreisausschreiben und die Landespreisprüfungsstelle (Staatsztg. Nr. 227); Wdg. über die Aufhebung der Weimunterforschungsstelle an den Technischen Staatsschulanstalten zu Chemnitz; Wdg. zur anderweitigen Ausführung des § 123 der Reichsverfassung vom 19. Juli 1911; Wdg. zur Abänderung der Landespostgesetzgebung vom 4. Dez. 1920; Wdg. über weitere Änderungen der Ausführungsverordnung zur Wdg. und Gewichts-messung vom 15. Dez. 1917; Wdg. über die Bekämpfung der Beschädigung der Pferde; Änderung der Bestimmungen über die Ausbildung der Lehrer an öffentl. Taubstummen- und Schwerhörigen-schulen; Änderung der Bezeichnung des besonderen Dienstverhältnisses der ehem. Sächsischen Staatsbahnen (Staatsztg. Nr. 253); Änderung der Prüfungsordnung für die Lehrerbildung, sowie Ergänzung der Wdg. zur Ausführung des Reichsbedienstetengesetzes vom 10. Jan. 1920.

Lohnbewegung.

Braunschweig, 14. November. Der seit 7 Wochen andauernde Ausstand der Transportarbeiter ist beendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen über die neuen Bedingungen sind noch nicht abgeschlossen. Berlin, 15. November. In sämtlichen Groß-Berliner hiesigen Gaswerken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 14. November. Das Stadtvorordneten-Kollegium hat in seiner geheimen Besammlung am Montag zu der Vorlage des Rates, welche die Reuteregelung

der Arbeitslöhne und die Anwendung der neuen Gehaltsätze der Reichs- und Staats-beamten auf die hiesigen Beamten und Angestellten und die Lehrkräfte der höheren Unter-richtsanstalten betrifft, Stellung genommen und beschlossen, ihr insoweit zuzustimmen, als alsbald abschlägig der Mehrbetrag gezahlt werden soll, der sich gegenüber ihren bisherigen Bezügen für die Monate Oktober bis mit Dezem-ber für den Fall ergibt, daß ihre Bezüge ent-sprechend der für die Beamten des Reiches ge-troffenen Neuregelung erhöht werden; im übrigen aber die Vorlage dem Finanzausschuss zur weiteren Behandlung zu überweisen.

Es wird in Erinnerung gebracht, daß nach § 12a der Vorschriften über die Erwerbslos-igkeitsfürsorge in der Stadt Dresden die Arbeitgeber Erwerbslose nur in Arbeit nehmen dürfen, wenn sie eine Bescheinigung des Kriegsfürsorgeamtes oder der mit der Auszahlung der Unterstützung und der Kontrolle beauftragten zuständigen Arbeitnehmer-organisation darüber beibringen, daß sie ihre Kon-trollkarte beim Kriegsfürsorgeamt oder bei der Arbeitnehmerorganisation abgegeben haben oder keine Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitgeber haben diese Bescheinigungen aufzu-bewahren und auf Verlangen des Rates zur Ein-sichtnahme vorzulegen.

Das Preisamt des Polizeipräsidenten teilt folgendes mit: In einer Fabrik in der Nähe Dresdens hat die interalliierte Kommission in Dresden, die nach dem Friedensvertrage u. a. die Durchführung der Entwaffnung zu über-wachen hat, Nachforschungen nach angeblich ver-stecktem gehaltenem Material, das nach dem Friedens-vertrage auszuliefern bez. zu vernichten ist, anstellen wollen. Dabei ist es zu Differenzen zwischen ihr und der Fabrikleitung ge-kommen. Diese lehnte, als die interalliierte Kom-mission zu wiederholten Malen erschien und immer wieder Nachforschungen an Stellen, wo Material verborgen sein sollte, erstellen wollte, es ab, der Kommission den Zutritt zum Grundstück zu ge-

statten, besonders weil die Öffnung einer Mauer verlangt wurde, hinter der dazugehöriges Material vermutet wird. Da auch der Betriebsrat sich auf den Standpunkt der Fabrikleitung stellte, machten sich Verhandlungen nötig, um auf diesem Wege die Zuspitzung des Konflikts und die damit verbundenen Weiterungen zu vermeiden. Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen, die am Kon-ntag geführt worden sind, zu einem für alle Teile befriedigenden Ergebnis führen und die be-triefenden Schwierigkeiten beseitigt werden.

Aus der Friedrich-Siemens-Stiftung ist für das Jahr 1922 ein Reize stipendium von 3000 M. an einen berechtigten oder ehemaligen Studieren-den der Mechanischen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden zu vergeben. Die Be-dingungen sind aus dem beim Sekretariat erhältlichen Stiftungsbestimmungen zu ersehen. Bewerbungen sind an das Rektorat bis 1. Dezember einzureichen. In dem Gesuche ist der Zweck der Reise anzugeben. Beizufügen sind: Lebenslauf, Nachweise über Studiengang und über praktische und etwaige literarische Tätigkeit des Bewerbers.

Die beschleunigte Kertigung an den Volk-schulern kann dadurch wesentlich gefördert werden, daß der Abänder der Einlieferungscheine zu Wert- und Einlieferungsungen sowie zu Sendungen gegen Nachnahme selbst vorkreidit. Vordrucke zu den Scheinen hängen in den Schalterräumen der Postanstalten aus.

Der Männergesangsverein Liedertreis-Har-monie (Leitung Kirchenmusikdirektor W. Hott-mann) hatte mit seinem Lieberabend sächsischer Tonseher im Palmengarten einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die Chöre waren sehr sorgfältig vorbereitet; Tongebung und Vortrag (Textausprache) zeigten von neuem die gelangweilten Fähigkeiten des selbst stimmregablen Liebermeisters, wie die Hingabe der im Auführung begriffenen Sänger-schaft. Besonders gelungene Leistungen von Edmund Reichdamer, Jüngst, Höttinger, Curti, Wolgemuth und Wappler, dessen „Leibbildbunde“ harmisch zur Wiederholung begehrt wurde. Beim ab-

getönt waren auch wiederum die Darbietungen des ehem. Posttrompeter, die mit Blaskwartetten von Jüngst („An die Heimat“), Reiffiger, Herbig u. a. m. lebhaften Beifall ernteten.

Im Zusammenhang mit seiner Ausstellung an der Lennestraße veranstaltet der Jugendring vom 14. bis 26. November Abendvorträge im Ausstellungsgelände. Aber gebendes Wandern sprach um Montag Dr. Teppa. Die Jugend, so legte der Redner an Hand zahlreicher statistischer Erhebungen dar, bedarf der Übung zur Gesundheit, denn sie ist, besonders in den Ent-wicklungsjahren, gefährlichen Erkrankungen vorzug-weise ausgesetzt. Wenn nun das Ziel jeder Lebensübung die Kräftigung von Herz und Lunge ist, so besteht das Wandern eine ausgezeichnete Übung dafür. Die tieferen Atemzüge — schon bei gemächlicher Gangart verleiht sich die Atembewegung — füllen die Lunge mit heil-kraftigem Sauerstoff und fördern den Verbren-nungsvorgang im Körper. Wiederrum erweitert sich das Herz, um der größeren Anforderung mühelos entgegen zu können, der Herzmuskel härt, der Stoffwechsel beschleunigt sich. Dem Arzt, der das Wandern als eine brauchbare Me-thode der Behandlung schätz, kommt zustatten, daß es sich so fein nach den jeweiligen Umständen dosieren läßt. Nicht nur Ver-breugungsmittel gegen allerlei Krankheiten, sondern auch Heilmittel für die bereits angebrochene Krank-heit kann das Wandern sein, und es bereichert vom körperlichen Kräftigungsprozess her auch die Seele mit neuen Energien. Zunächst ist es, weil es gesund macht, auch die beste Brustweh-gegen die Unstillekeit. So soll die Jugend wand-ern, und das Alter auch, aber tagelang, damit die Wirkung auch Raum greifen kann, und es wäre wünschenswert, wenn die Wandertage in der Schule, jezt allmonatlich einmal, in jeder Woche geübt würden. Praktischer ergänzen den Vortrag.

Die Kriegs-Kreditkasse für den Dresdner Hausbesitz, A. G., wird in ihrer Freitag, den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr im Stadtschule,

Schulgasse 4 stattfindenden Hauptversammlung u. a. über die Liquidation der Gesellschaft Beschluß fassen (s. Anz.).

Das amtliche Fernsprechbuch für den Bezirk Dresden ist in einer Vollaussgabe — 1. und 2. Teil vereinigt — neu aufgelegt worden und wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden. Nach der neuen Fernsprechordnung vom 28. August 1921 wird für jeden Hauptanschlusch und für jeden Nebenanschlusch eines Dritten ein Buch unentgeltlich geliefert. Weitere Bücher sind gegen Bezahlung erhältlich. Eine unentgeltliche Zustellung ins Haus findet nach den neuen Bestimmungen im allgemeinen nicht mehr statt, sondern die Bücher sind bei den zuständigen Bezirks-Postämtern innerhalb einer Frist von 14 Tagen abzuholen. Das Fernsprechamt wird die Teilnehmer durch besondere Postkarte zur Abholung auffordern. Bücher, die nicht rechtzeitig abgeholt werden, oder deren Zustellung besonders beantragt worden ist, werden gegen eine Gebühr von 1 M. 50 Pf. für das Stück ins Haus gebracht. Die Ausgabe des F. B. erfolgt nur gegen Rückgabe der Benachrichtigungspostkarte, aus der alles Nähere über Stückzahl, Ausgabezeit u. m. hervorgeht. Die zurückgegebene Karte gilt als Empfangsbescheinigung für das neue Buch. Es liegt im eigenen Interesse der Teilnehmer, nur die neueste Auflage des amtlichen Fernsprechbuchs zu benutzen, weil ihnen nutzlose Ausgaben erspart werden, wenn sie bei Gebrauch nicht amtlicher oder veralteter Bücher eine falsche Nummer verlangen. Besonders wird darauf hingewiesen, daß am 3. Dezember infolge Einrichtung des Unteramts „Süd“ (Bergstraße) sowie durch einige technische Änderungen beim Hauptamt zahlreiche Nummernänderungen eintreten. Da die unzulässigen Anschlüsse in den neuen Büchern bereits mit den neuen Nummern aufgeführt sind und die Bücher deshalb noch vor Ausführung der Umschaltungen im Besitz der Teilnehmer sein müssen, empfiehlt es sich, der Abholungsanforderung möglichst umgehend zu entsprechen, oder schon jetzt die Zustellung — gegen 1 M. 50 Pf. — schriftlich zu beantragen. Die Fernsprechbücher bleiben wie bisher Eigentum der Telegraphenverwaltung und müssen beim Ercheinen einer Neuauflage an die Postämter zurückgeliefert werden. Diesmal werden die alten Bücher ausnahmsweise vorläufig in den Händen der Teilnehmer verbleiben. Bis zu welchem Tage sie an die zuständigen Bestell-Postämter zurückzuliefern sind, wird besonders bekanntgegeben werden.

In einer aus allen Teilen des Reiches beschickten Gesamtversammlung des Bundes Deutscher Mietervereine ist folgende Entschlieung gefaßt worden:

1. Der Bund verweist mit aller Entschiedenheit die Beschlüsse der Sozialisierungskommission wegen der Freigabe der Gewerberäume vom Mieterstand. Eine derartige Freigabe würde der Ausmietung und damit neuer Grundstückspekulation Tür und Tor öffnen; sie würde durch die Ausmietung einer Anzahl von Existenzen vernichten und würde eine erneute Preissteigerung der allgemeinen Lebenshaltung bedeuten.

2. Der Bund verlangt entgegen dem Antrag des Reichstages und der Ansicht des Reichstages, zunächst die Sozialisierung des Wohnungswesens zu erörtern, die sofortige Beratung und Verabschiedung des Reichsmietens- und Mieterbeschwerdegesetzes.

3. Der Bund beschließt, aus dem Deutschen Verein für Wohnungswesen und dem Deutschen Wohnungsausschuß auszutreten, da er eine Zusammenarbeit mit Organisationen ablehnen muß, die sich einer fortschrittlichen Entwicklung des Wohnungswesens hart entgegenstellen. Er wird seine Untertanorganisationen anweisen, ebenfalls den Austritt zu erklären.

4. Der Bund wird seine Stellungnahme zur Neuregelung des Wohnungswesens in einer von Rechtsanwalt Groß (Dresden) im Auftrag des Bundes verfaßten Denkschrift niederlegen, die er in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergibt.

5. Der Bund erwartet von Reichstag und Reichsregierung, daß sie die Interessen der Mieterchaft nachdrücklicher als bisher vertreten und die von den Vertretern des Hausbesitzes offenbar beabsichtigte Verschleppung einer umgehenden Neuregelung des Wohnungswesens nicht dulden. Er warnt vor einer Verkennung des Ernstes der Lage, der mit Deutlichkeit aus der sich innerhalb der Mieterchaft bemerkbar machen, täglich wachsenden Unruhe spricht.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft der Kriegsdienstbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Sächsischen Militärvereinsbundes hält am nächsten Donnerstag, abends 7/8 Uhr Kriegsbekämpfungswerksammlung im Fischbau, Schöfergasse 4, Präsidialmitglied Paul spricht über die Vertreterversammlung der deutschen Landeskriegsverbände in Berlin am 12./13. d. M. Bezug von Reichsdienstvermerk.

Als Auftakt zu der demnächst stattfindenden Enthüllung von Gedenktafeln für die im Weltkriege gefallenen ehemaligen Schüler des Weitzner Gymnasiums führte die Oberprima C am Freitag im großen Saale der Kaufmannschaft Sophokles' „Antigone“ in der sprachlichen Nachdichtung von Walter Amelung auf. Die Oberstudienleiter Prof. Dr. Poland in seiner Begrüßungsansprache hervorhob, werden es alle Freunde des Humanismus mit besonderer Genugung begrüßen, daß aus eigenem Antrieb gerade diejenige Abteilung der Schülerchaft dieses antike Heldenlied der Totenerkennung, der Geschwisterliebe und der Selbstverleugnung zur Aufführung erkoren hatte, die als mathematisch-naturwissenschaftliche Abzweigung eigentlich der altgriechischen Literatur fernste steht. Die Aufführung, die von Oberstudienrat Prof. Dr.

Klemm als Spielleiter mit voller Hingabe und seinem Stillegefühl vorbereitet worden war, zeugte nicht nur von heller Begeisterung für die untergänglichste Schönheit der Antike, sondern zumeist auch von trefflicher sprachlicher Schulung und hochachtbarem schauspielerischen Geschick der Mitwirkenden. So konnte es nicht fehlen, daß die den Saal füllende Zuschauerchaft sichtlich ergriffen wurde und angefaßt der erschlatternden Bühnenvorgänge auch am Schluß in lauten Beifall auszubrechen. Eingeleitet wurde die Aufführung durch den Vortrag der „Opferlieder“ von Beethoven, von Rannacher des Gymnasiums ausgeführt unter Leitung von Gesangslehrer Arno Wagner. Geh. Schulrat Dr. Giesing, Oberregierungsrat Dr. Rosenmüller und verschiedene andere Ehrengäste wohnten der gelungenen Aufführung bei, die als ein schöner Beweis dafür gelten konnte, daß Idealismus und Begeisterung für das Schöne, Gute und Wahre bei der Jugend von heute noch nicht erloschen sind.

Sächsische Angelegenheiten. Zur Erhöhung der Postgebühren.

Der Reichsminister hat vor einem Monat die neuen Gebührenerhöhungen der Reichspostverwaltung, die z. B. für einen Brief im Fernverkehr 1 M. betrug, beraten, und man rechnete mit der Inkraftsetzung der neuen Gebühren etwa zum 1. Dezember, wenn die Vorlage von Reichstag und Reichsrat genehmigt wäre. Nun sind jedoch inzwischen, ohne Bestätigung des Reichsministers, viel weitergehende Beschlüsse gefaßt worden, welche die vom Reichsminister in der Sitzung vom 12. und 13. Oktober vereinbarten Gebührenerhöhungen im allgemeinen noch um weitere 50 Proz. erhöhen, sodaß die Sätze gegen die jetzt geltenden ungefähr verdoppelt werden.

Diese Erhöhung, die von der Reichsregierung bereits beschlossen ist, wird mit der durch die steigende Feuerung inzwischen notwendig gewordenen beträchtlichen Erhöhung der Beamtenbeholdungen, der Löhne der Angestellten und Arbeiter und der jährlichen Kosten begründet, die eine Mehrausgabe der Postverwaltung von jährlich dreizehnhundert Millionen Mark notwendig machen. Mit dieser Erhöhung folgt die Reichspostverwaltung dem Beispiel des Reichsverkehrsministeriums, das, wie bereits gemeldet, seine Gütertarife schon zum 1. Dezember, die Personentarife zum 1. Januar ebenfalls um 50 Proz. erhöht.

Die neue Gebührenerhöhung bedarf noch der Zustimmung des Reichstages, der jedoch an dem Beschluß der Reichsregierung kaum Befestigung ändern wird.

Nach der neuen Vorlage beträgt die Gebühr für die Postkarte im Ortsverkehr 60 Pf., Fernverkehr 100 — der Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 100 — Fernverkehr 250 — 150 — 200 — 225 — 250 — 300 — Drucksachen bis 50 Gramm 40 Pf., 100 — 75 — 250 — 150 — u. m.

Das Päckchen bis 1 kg soll künftig 4 M. kosten. Postanweisungen bis 100 M. kosten 150 Pf., bis 250 M. 225 Pf. u. m. bis 6 M.

Diese Erhöhung der Gebühren bedeutet z. B. für die Postkarte im Ortsverkehr eine Verdreifachung, im Fernverkehr sogar eine Verzwanzigfachung gegen die Freibeleggebühren; die Ortsbriefe verteuern sich sogar um das Zwanzig- bis Dreißigfache, im Fernverkehr durchschnittlich um das Fünfhundertfache. Auch die Drucksachen sind durchschnittlich um das Fünfhundertfache verteuert; bei Postanweisungen erreicht die Erhöhung allerdings nicht ganz die zehnfache Gebühr.

Sehr hart sind auch die Nebengebühren erhöht worden; Einböten kosten im Ortsbestellbezirk drei Mark gegen 25 Pf. im Frieden. Die Einschreibgebühr beträgt zwei Mark gegen 20 Pf. im Frieden, die erst nach dem Kriege eingeführte Zuschlaggebühr für postlagernde Sendungen wird auf 50 Pf. erhöht.

Im Fernverkehr wird die Gebühr für Zahlkarten ebenfalls erhöht und zwar kosten Zahlkarten bis 100 M. 75 Pf., bis 500 M. 150 Pf., bis 1000 M. 2 M. u. m. Telegramme kosten 75 Pf. das Wort, mindestens 7,50 M. für ein Telegramm.

Weitere Beihilfe an Arbeiterrentner.

(N.) Das Gesamtministerium hat mit Rücksicht auf die noch anbauende wirtschaftliche Notlage beschlossen, aus den ihm vom Landtage zur Verfügung gestellten 25 Millionen M. den bereits mit der einmaligen Beihilfe bedachten Arbeiterrentnern auf Antrag nochmals zwei Drittel des Betrags zuzuwenden, der ihnen auf Grund der bisherigen Richtlinien nach ihren derzeitigen Verhältnissen zukommt. Die bisher noch nicht bedachten bedürftigen Arbeiterrentner sollen noch bis zum 1. Dezember Anträge auf Bewilligung der einmaligen Beihilfe bei den unteren Verwaltungsbehörden (Kreis- und Hauptmannschaften, Stadträten, Gemeindeführern) stellen können.

Den Arbeiterrentner-Vereinigungen Sachsen ist zugehört worden, den Arbeiterrentnern bei Anmeldung ihrer Anträge behilflich zu sein und sich auch gegebenenfalls mit den Behörden wegen Aufklärung der Bedürftigkeit in Verbindung zu setzen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß vom Reichsarbeitsminister der Entwurf eines Gesetzes über Reichsbandmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invaliden-

versicherung eingebracht worden ist und dem Reichstag zugestellt wird, auch eine gesetzliche Neuregelung der Zulagen der Unfallversicherung in Aussicht gestellt worden ist.

Wochenbericht des Landratsamts für Arbeitsvermittlung. 6. bis 12. November 1921.

(N.) Der letzte Geschäftstag der Hauptindustrien des Landes und damit ein erheblicher Bedarf an Fachkräften ließen auch in der vergangenen Berichtswochen unverändert an. Dagegen brachte das Ende der Woche einsehende Frostweitere einen Zugang an Erwerbslosen, namentlich von Bau- und Erntearbeitern. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat im allgemeinen nachgelassen, doch können trotzdem die gemeldeten offenen Stellen nicht besetzt werden. Der Steinkohlenbergbau des Zugau-Ostbairers Reviers hat weiterhin Bedarf an inländischen Arbeitern unter 35 Jahren (Wohnungsmangel).

In der Metall- und Maschinenindustrie blieben Formner und Kupferschmiede aller Art, Automaten-einsteller, Werk-nachschleifer, Elektromonteur, Metall- und Rundschleifer, Sattler, Autogenschweißer, Metallbrüder und -polierer, Schwarzblechschlempner u. m. gesucht. Im Spinnstoffgewerbe ließen die Anforderungen neuer Arbeitskräfte nach. Gefragt blieben Facharbeiter für die Wäschekonfektion, die Webereien, Strumpffabriken und Spinnereien. Gut beschäftigt ist das Leipziger Buchbindergewerbe, ebenso das Sattler- und Tapetierergewerbe. In der Holzindustrie kann der immer stärker werdende Bedarf an Wäldern nicht gedeckt werden. Die ergebnisreiche Holz- und Spielwarenindustrie arbeitet weiter mit Überstunden. Die Zahl der erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen ist immer noch unverhältnismäßig hoch, auch die Zahl der arbeitslosen Jagarbeiter steigt weiter. Das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe ist nach wie vor voll beschäftigt. Es fehlt an Fachkräften für das Schneiderei- und Kürschner-gewerbe. Die Anforderungen für das Baugewerbe haben nachgelassen. Im Handelsgewerbe ist weiterhin eine leichte Besserung zu verzeichnen. Das Weihnachtsgeschäft macht sich in erhöhtem Maße bemerkbar. Für Ungelernte hielt die Besserung der Unterbringungsmöglichkeit an, sodaß durch die Beendigung der Bauarbeiten freierwerdende Arbeitskräfte zum Teil sofort untergebracht werden konnten. An weiblichen Dienstboten ist wie immer große Nachfrage vorhanden, die nicht im entferntesten gedeckt werden kann.

Sonntags-Fahrkarten betr.

Der Dresdner Verkehrsverein teilt uns folgendes mit:

Den Eisenbahn-Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen sind für die Auflage von Sonntagsfahrkarten im wesentlichen folgende Richtlinien gegeben worden: Bis auf weiteres sollen die Sonntagsfahrkarten nur den Bewohnern großer Städte zugute kommen, um ihnen den Besuch nahegelegener Erholungsorte zu erleichtern. Die Karten sind auf Entfernungen bis zu 60 km, in besonderen Ausnahmefällen auf 75 km zu beschränken. Sie werden für die 3. und 4. Wagenklasse der Personenzüge ausgegeben, gelten im allgemeinen für die Hin- und Rückfahrt nur am Tag der Ausgabe, können aber auch nach Entscheidung der Eisenbahn-Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen für die Hin- und Rückfahrt bereits an den Sonnabenden oder den Tagen vor den zu besuchenden Festtagen von 12 Uhr mittags benutzt werden und sind im Preise gegenüber den allgemeinen Fahrkarten 33 1/2 Proz. ermäßigt. Außer an den Sonntagen werden sie allgemein an den folgenden Festtagen ausgegeben: Am Neujahrstage, Ostermontag, Dimmelfesttag, Pfingstmontag, Fronleichnamstag, Peter- und Paulstag, 1. und 2. Weihnachtstag. Je nach der örtlichen Übung können auch andere Feiertage einbezogen werden. Die Rückfahrt kann auch von einer Zwischenstation oder von Stationen an der Zielstation durch eine Fußwanderung zu erreichen und der Karte aufgedruckt sein. Der Übergang in Ost- oder Schnellzüge und in die zweite oder erste Wagenklasse ist nicht gestattet. Die Wiedereinführung der Sonntagskarten stellt zunächst nur einen Versuch dar, dessen Aufrechterhaltung und etwaige Ausdehnung hauptsächlich von der Entwicklung des Betriebes abhängig ist.

Zwidau. Um dem hier herrschenden Mangel an Geschäftsräumen abzuhelfen, beabsichtigt der Rat den Bau eines modernen Geschäftshauses aus sächsischen Mitteln, wenn sich für die herzustellenden Räume soviel Bewerber melden, daß die Vergütung und Tilgung des auszuwendenden Kapitals durch den Mietzins sichergestellt ist. Es wird allerdings mit mindestens 100 M. bis 150 M. Miete für einen Quadratmeter nutzbarer Fläche zu rechnen sein. — Für die Zwecke der Erbauung eines Fleisch- und Fleischnapelhause im sächsischen Schlachthof haben die sächsischen Kollegen die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 13 M. M. beschlossen.

Zwidau. Die Stadtratsmitglieder haben einstimmig dem Vertrage zugestimmt, nach dem die Landgemeinde Weizendorf am 1. Januar 1922 nach Zwidau eingemeindet wird. Die Stadt erwirbt damit Eigentum am Vermögen von Weizendorf.

Weizendorf i. S. Die hiesigen beiden Körperschaften haben beschlossen, den Zinsfuß für die von der hiesigen Sparkasse entlehnten Kapitalien auf Hypotheken ab 1. April 1922 von 4 1/2 auf 5 Proz. zu erhöhen. Ferner ist das Figma des Stadtmulldirektors von 6000 M. auf

10000 M. und der Zuschuß für die Kapelle von 20 000 M. auf 50 000 M. erhöht worden. Dadurch wird der Notlage, in der sich die Kapelle befindet, etwas gesteuert.

W. Adorf i. S. Der sächsische Haushaltplan schließt buchnäßig mit einem Fehlbetrag von 1157 910 M. ab, doch ist es möglich gewesen, einen größeren Betrag hiervon noch auf 1921 zu übernehmen. Die Einnahmen stehen mit 3322 605 M., die Ausgaben mit 4380 515 M. zu Buche. Der verbleibende Fehlbetrag soll durch die Erträge der sächsischen Gewerbesteuer — die nicht, wie ursprünglich beschlossen, bei 10 000, sondern erst bei 20 000 M. Einkommen einlegen soll — sowie durch höher als eingeplant zustehende Anteile der Reichsrenten gedeckt werden.

W. Adorf i. S. Die feierliche Weihe der neubauten katholischen Kirche wird der Bischof von Meißen, Dr. Christian Schreiber, am Sonntag, 20. November, persönlich vollziehen. Das feierliche Pontifikat beginnt um 1/2 10 Uhr. Eine abendliche Festeier in der Kirche wird sich anschließen.

W. Adorf i. S. Die sächsische Warenverkehrs- und Warenbeschlagnahmungskommission hat eine scharfe Kontrolle der Ausreisepapiere und der eingekauften Waren eingeleitet; zahlreiche Verhaftungen und Warenbeschlagnahmungen sind bereits erfolgt. In Adorf ist gegen die böhmischen Kaufleute ebenfalls mit aller Schärfe eingeschritten worden. In der böhmischen Grenzstadt Marktrebich hat die Polizei am 10. November zur Ausfuhr nach Böhmen bestimmte Waren im Werte von 20 000 M. beschlagnahmt.

Zittau. Im Hauptstadtdienst fand am Sonntag hier die feierliche Einweihung des Pfarrers Lic. Wolf aus Chemnitz als Superintendent der Eparchie Zittau statt.

Zittau. Als Wohlfahrtsbüro für den hiesigen Pflegebezirk ist von 18 Weibern Frau Dr. med. Freise aus Leipzig, Vizepräsidentin an der Universitätskinderklinik, einstimmig gewählt worden.

Zittau. Die katholische Stadtschule hat am Freitag ihr hundertjähriges Bestehen gefeiert.

Zittau. Eine Tagung der Bankbeamten der sächsischen Oberlausitz, deren Zahl etwa 1500 beträgt, hat hier am Sonnabend und Sonntag stattgefunden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, die sich mit wichtigen Organisations- und Berufsfragen beschäftigten, stand die Hauptversammlung am Sonntag, zu der sich rund 300 Delegierte aus allen Teilen der Provinz eingefunden hatten. Auch Leipzig, Dresden, Görlitz, Riesa, u. m. hatten Vertreter entsandt. Die Tagung wurde vom Vorsitzenden Schröder-Leipzig eröffnet und geleitet. Den Hauptvortrag hielt der geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Bankbeamten-Vereins, Fritzsche-Berlin, der über Organisation und Fortschritt sprach. Es wurde schließlich eine Entschlieung angenommen, in der es als notwendig bezeichnet wird, daß die Bezüge der Bankbeamten eine wesentliche Erhöhung erfahren. Es wird die Beibehaltung des Achtstundentages und bezüglich der notwendigen Überstunden gefordert, daß diese der Genehmigung der Betriebsräte und der Organisation unterstellt werden.

Zittau. Die Einwohnerzahl hat nach dem Fortschreibungsergebnis am 1. d. M. 1921 35 Personen betragen.

Zittau. Die Kattalinie Zittau-Börsch-Katholische muß wegen Mangels an Betriebsstoff bis auf weiteres eingestellt werden.

Zittau. Kummert ist auch das Rittergut Kleinstruppen in den Besitz der Gemeinde Struppen mit Wirkung vom 1. Juli 1921 ab eingeleitet. Die Verhandlungen waren infolge der besonderen Verhältnisse sehr schwierig und haben sich etwa zwei Jahre hingezogen. In ihrem jetzigen Besitze steht sich die Gemeinde aus den beiden vormaligen Gemeinden Struppen, Kleinstruppen und Neustruppen und aus dem Rittergute Kleinstruppen mit vormaliger Soldatenkassen-Erziehungsanstalt und dem Rittergute Neustruppen zusammen.

Sächsische Holzversteigerungsergebnisse.

Kreis	Lage	Menge in Fm	Holzart und Form	Preis je Fm in Mark				
				5	13	16	23	30
Tippelshöhe Roslau	4. 11.	6	Fichte Stamm			510		
			Fichte Stamm	335	488	603	670	680
			Fichte Stamm			30	50	
			Fichte Stamm	1320			4-106	
			Fichte Stamm	1150			5-150	
Döbeln	4. 11.	9	Fichte Stamm			414		
			Fichte Stamm	455	558	712		
			Fichte Stamm	305	353	453	572	
Döbeln	4. 11.	18	Fichte Stamm					
			Fichte Stamm	230	415	562	671	

Um Mitteilung von Versteigerungsergebnissen erucht die Geschäftsstelle des Landesverbandes Sächs. Waldbesitzer, Dresden-W., Striefler Str. 10.

Parteiabteilung.

Deutsch-Demokratischer Parteitag.

Bremen, 16. November. Sonntag früh wurde die allgemeine politische Kundgebung fortgesetzt, die der Reichsminister a. D. Dernburg darauf hinwies, daß unsere Zukunftsaufgaben nicht auf dem Gebiet der großen Politik liegen, sondern in der vernünftigen Auseinandersetzung mit den für Deutschlands Zukunft in Frage kommenden Stellen, vor allem der Garantiekommission. Unterhändler sollte man im Interesse der Oberhäufiger sowie der Industrie bei ihrem Kreditangebot und bei der Einleitung der Verhandlungen mit den für die Bewirtschaftung nationaler und sozialer Politik auf dem Boden der Demokratie. Unter den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen ist eine Regierungsbildung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebenswert. Der Parteitag begrüßt die grundsätzliche und offenerartige Aussprache über die künftige Politik der Partei und spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus. Diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Bei den Neuwahlen wurde Senator Dr. Peterßen Hamburg einstimmig zum Vorsitzenden der Partei wiedergewählt. Reichsstadtdirektor Erkelenz wurde zum Vorsitzenden des Parteivorstandes und Dr. Fischer-Köln zu seinem Stellvertreter gewählt.

Auf Anlaß des Parteitages der Deutschdemokratischen Partei fand am Sonntag eine Versammlung im Saale der „Union“ statt, an der Reichsstaatsminister Gehler und der bayerische Handelsminister Hamm über das Thema sprachen: „Was dem Verfall der Gewaltsfreiheit!“

Bei den Verhandlungen am Montag wurden zunächst Anträge zur Flaggenfrage behandelt, die sämtlich die Beibehaltung der schwarz-rot-goldenen Flagge betreffen. Darunter ist auch ein Antrag Hamburg-Hannover, der die Flaggenfrage als lebenswichtig für die Republik bezeichnet und von der Partei erwartet, daß sie sich rückhaltlos auf den Boden der Beibehaltung der Reichsflagge stellt. Ein Antrag Bremen will die ganze Frage als unerwünscht bezeichnen und ersucht um Ablehnung aller Flaggenanträge. Platte-Hamburg empfahl den Antrag Hamburg und war gegen den Antrag Bremen. Prof. Daidde hat, an dem beschriebenen Rechtszustand nichts zu ändern. Schwarz-rot-rot sei heute die Farbe der Reaktion und der Kontinentalrevolution geworden, wie der Kampfruf geheiße habe. Dr. Peterßen betonte, bei der parteipolitischen Agitation mit der Flaggenfrage müsse sich die Partei nicht mit der Sache beschäftigen, bis nicht etwa eine große Mehrheit für die Änderung eingetreten sei. Er warnte dringend, einen Beschluß zu fassen. Minister a. D. Koch ersucht, treue Mitglieder nicht abzusinken, ohne daß die Gesamtheit einen Beschluß habe. Doktor Meyer beantragte folgende Entschliessung:

Die Partei verurteilt die verwerfliche agitatorische Ausnutzung der Flaggenfrage und tritt für den Schutz der verfassungsmäßigen Flagge ein und warnt davor, durch Fortsetzung des unfruchtlichen Streites die Geschlossenheit der verfassungstreuen Partei zu gefährden. Die Entschliessung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Einstimmig wurden zwei weitere Entschliessungen angenommen, deren eine gegen das oberste Reichsgericht in Ansehung der Reichsflagge, während die andere einen nationalen Gedenktag für die Kriegsoffer befürwortet.

Aber Demokratie und gewerblichen Mittelstand sprach das Mitglied des Reichsmin-

istralen Handwerkerkammerpräsident Hermann Reutlingen. Er entwickelte in großen Zügen ein demokratisches Mittelstandsprogramm, an dessen Spitze er das Bestehen der demokratischen Partei zur Erhaltung und Stärkung des gewerblichen Mittelstandes stellt. Frau Dr. Bäumer berichtete nunmehr über Geist und Aufgabe der Schule in der Demokratie. Der lebendige nationale Gedanke müsse wieder erweckt werden, um aus uns eine nach außen widerstandsfähige Nation zu machen, widerstandsfähig natürlich nicht im militärischen Sinne. Landesdirektor Wolff-Berlin gab Johann Reutlingen für die Lehrerbildung. Die Richtlinien fanden die Zustimmung der Versammlung. Der Vorsitzende des Vereins für Volkshochschule Tewe-Berlin und Senator Wöhling-Breslau behandelten Schulfragen. In der Aussprache gab zunächst Reichsminister a. D. Koch einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Schulgesetze. Nach weiterer Aussprache folgte die Abstimmung über die vorliegenden Entschliessungen. Zum Reichsschulgesetz wurde mit allen gegen eine Stimme eine längere Entschliessung angenommen, in der es unter anderem heißt: Die nationale Volkshochschule ist und bleibt das Ideal der Deutschen Demokratischen Partei, wenn sie auch nicht in der Verfassung voll zur Verwirklichung kommt. Die Deutsche Demokratische Partei fordert daher, daß die Volkshochschule als Regelschule zweifachfrei festzulegen ist. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde eine Entschliessung zur Lehrerbildungsfrage, welche die Vorbildung aller Lehrer auf einer höheren Lehrausbildung und einer hochschulmäßigen Auszubildung der berufswissenschaftlichen Ausbildung fordert. Eine Entschliessung zum Schulaufbau fordert unter anderem die Durchführung der Pflichtschuljahre und die Vermehrte Übergangsmöglichkeiten zur Hochschule durch einen gemeinsamen Unterbau. Sächsisch wurden Beamtenfragen behandelt und diese in einer Entschliessung zusammengefaßt, in welcher der Parteitag eine feste und entschiedene Forderung der berufshandlichen Fragen als seine Aufgabe und als die der Fraktion betont. Angenommen wurde noch eine Entschliessung, welche die Erziehung der Volk durch Sachleistungen billigt, und eine weitere Entschliessung, welche sich gegen die Privatisierung der Post und Reichseisenbahnen ausspricht. Das Schlußwort für den Parteitag sprach der Parteivorstand Senator Dr. Peterßen. Nach Dankesworten von Hammer-Schmidt, Woyern, und Prof. Kahle an den Vorsitzenden wurde der Parteitag mit einem deutschen Hoch auf Regierung und Vaterland geschlossen.

Der Parteitag der Demokratischen Partei in Bremen hat sich für die eigenen Mitglieder ein überraschendes Ergebnis gehabt. Der linke Flügel hat einen entscheidenden Sieg davongetragen. Die Demokraten werden nunmehr sich der Sozialdemokratie im Zusammenarbeiten zuwenden und über kurz oder lang in die Reichsregierung eintreten. Diejenigen Kreise innerhalb der Partei, die sich mit dieser Lösung nicht einverstanden erklären können, werden möglicherweise zu der Deutschen Volkspartei übergehen, doch wird dies ein außerordentlich geringerer Prozentsatz sein, als man sich in demokratischen Kreisen oft angenommen hatte. In demokratischen Kreisen ist man überzeugt, daß man bei der nächsten Wahl durch diese feste Stellungnahme allerdings einige Siege verlieren wird, doch glaubt man, den Grundfragen treu geblieben zu sein und die Pflicht getan zu haben.

Sport.

Tagung des Deutschen Fußballbundes. Auf der Tagung des Deutschen Fußballbundes in Halle wurde der Antrag des Norddeutschen Fußballverbandes beraten, die Spiele um die Deutsche Meisterschaft in Zukunft auf folgende Grundlagen auszugestalten: Die sieben Meister der Landesverbände und der Verteidiger des Titels, also insgesamt acht Mannschaften, werden in zwei Gruppen, von je vier geteilt. In jeder Gruppe spielt jeder gegen jeden ein Spiel. Die Spiele müssen in neutralen Orten ausgetragen werden. Die Einteilung der Gruppen sowie Ansetzung der Orte ist Sache des Spielausschusses.

Die Epigenvereine der beiden Gruppen spielen unter sich wie bisher auf Anlaß des Bundestages das Schachspiel um die Deutsche Meisterschaft aus. An der Gesamtveranstaltung sind die Vereine mit zusammen 30 Prozen der Reibebeträge zu beteiligen. 70 Prozen fallen der Bundestage zu. Der Bundesvorstand und die Spielleitung hat, den Antrag Norddeutschlands abzulehnen mit der Begründung, daß die Termine zu groß und die Anwesenheit der Vereine zu übermäßig sei. Auch aus finanziellen und rassistischen Gründen sei eine Änderung der Meisterschaftsspiele nicht durchführbar. Die Vertreter Mitteldeutschlands, Süddeutschlands, Ostdeutschlands und Berlins sprachen sich ebenfalls mit der Anführung der Gründe gegen den Antrag Norddeutschlands aus. Da die Möglichkeit der Annahme des Antrages nicht vorlag, von Norddeutschland den Antrag zurück. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung betraf die Änderung des § 66 der Statuten der Vereine. Hierzu hatte der Süddeutsche Fußballbund folgenden Antrag gestellt: „Die Bundesverbände sind berechtigt, die Sperrlisten bei Abtritt in die eigenen Verbände in solchen Fällen zu kürzen oder zu erlassen, in denen klar vor Augen liegt, daß der Sperrberechtigte moralisch oder tatsächlich begründet erscheint und mit dem verkappten Berufsspielerturn durch nichts zu tun hat.“ Der Bundesvorstand hatte ebenfalls einen Antrag eingebracht folgenden Wortlaut: „Die Bundesmitglieder, welche die Vereine wechseln, werden in der ersten Rannschaft nach drei Monaten auch in Gesellschaftsspielen spielberechtigt.“ Der Antrag Süddeutschlands wurde, nachdem alle übrigen Anträge zurückgegangen wurden, mit 61 gegen 23 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten Süd- und Westdeutschland, Berlin und Ostdeutschland und ein Teil des Vorstandes. Ein Antrag des Bundesvorstandes, daß selbst in Gesellschaftsspielen nur Vereinsmitglieder spielen dürfen und daß jedes Wetten und Buchmachen verboten ist, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Westdeutschlands, daß Spieler, die nicht spielberechtigt sind, nicht in Bundes-, Verbands- oder anderen Repräsentationsspielen aufgestellt werden dürfen, wurde ebenfalls angenommen. Am zweiten Verhandlungstage wurde zunächst in die Besprechung der Vorschläge der Deutschen Turnerschaft eingetreten, die in geschlossener Sitzung erfolgte. Das Ergebnis der Besprechung ist folgendes: Es wurde beschlossen, noch keine bestimmte Stellung zu den Vorschlägen der Deutschen Turnerschaft zu nehmen, sondern in Gemeinschaft mit den anderen Sportverbänden in einer am 3. Dezember in Berlin stattfindenden Versammlung darüber zu beraten. Den Schluß der wichtigen Tagung bildete die fast einstimmig wiederholte des Bundesvorstandes, der für das wiederholte Betreten dankte.

Leibesübungen als Grundlage des Widerstandes.

Der sächsische Turnlehrertag in Glauchau behandelte, wie wir bereits berichteten, als hauptsächlichste Thema: Leibesübungen als Grundlage des Widerstandes. Die von Studientat Prof. Eckardt (Dresden) vom pädagogischen Standpunkt aus vorgetragenen, schon kurz fixierten Leitsätze lauteten: 1. Der Widerstand unserer Volkskraft muß von unten — bei der Jugend — und von innen — mit der Erziehung — ansetzen. Die Leibesübung kann dabei wertvolle Hilfe leisten, sofern sie ausgiebig und richtig betrieben wird. 2. Das Turnen findet im Freien statt, die Halle ist nur Notbehelf und bei Verhinderung mit allen Mitteln auszufüllen zu halten. 3. Die Frage des Bauenturnens ist von einem Ausschuss des D.T.S. nochmals gründlich zu prüfen. 4. Das Turnen muß wieder im jährlichen Sinne alle Leibesübungen umfassend auf den ganzen Menschen, besonders auf sein Handeln und seinen Charakter einwirken und darf nicht nur eine bloße Schule der Körperbewegung sein. 5. Alle Erziehung ist nichtig und eitel, die den Jüdling in dem eben Gleich waghalsigeren Weltbürgergeistes als Ironie schmeichelt läßt und nicht im Vaterlande heimisch macht (Jahn). 6. An Stelle der weggelassenen Menschlichkeit und verbotenen Werbung „feinereit militärischer

Erziehungen, keine militärischen Vorbereitungen und Zweckbestimmungen! Wir suchen neuen Betrieb so mannigfaltig und anregend als möglich zu gestalten. Vor Einleitigkeit und Langeweile zu warnen, rechnen auch Spiele, Schwimmen, Wandern, Übungen der Sinne im Gelände dazu. Was dabei herauskommt, ist eine Vorbereitung für jede Lebenslage, für die Aufgaben des Friedens und falls es sein müßte, auch für die des Krieges“ (Stübenburg).

7. Unsere gesamte Erziehung muß mehr als je früher kräftigen Gehorsam und willige Unterordnung herbeiführen. Bei den Leibesübungen hat sich das schon in der äußeren Form erwiesen.

8. Die rechte Leibesübung bietet die Bestmittel gegen körperliche und geistige Verweichlichung: Freileben und Sportgeist.

9. Nach diesen Gesichtspunkten müssen Familie, Schule, Verein, Gemeinde und Staat die Leibesübung unterstützen und auf das kräftigste fördern.

Die Weltbestleistungen im Schwimmen.

Ein Blick in die Liste der Schwimmer-Weltbestleistungen zeigt in erfreulicher Weise den Aufstieg der deutschen Schwimmerleistungen. Von den elf Höchstleistungen für Herren, die in diesem Jahre neu geschaffen wurden, sind drei von Deutschen, drei von Amerikanern, zwei von Australiern, zwei von Schweden und einer von belgischen Schwimmern aufgeführt. Der deutsche Schwimmmeister Wademann-Magdeburg ist mit 200 und 400 m neue Weltbestleistungen, während sein Klubkamerad Frolich im 100-m-Rudenschwimmen die bisherige Weltbestleistung des Amerikaners Keolaha verbesserte. Wir geben nachstehend eine Liste der in diesem Jahre von dem Internationalen Schwimmverband anerkannten, früher geschaffenen Höchstleistungen und fügen daran die neuen Bestleistungen, die noch der Bekämpfung harren:

- 100 m beibebig: 1:09,4 Kahanamoku (Amerika) aufgestellt 1919 (amerikan.); 1:00,2 Kahanamoku 1921. — 100 Yard beibebig: 53 Sek. Kahanamoku (1919); 52,2 Sek. Keolaha (Amerika, 1921). — 200 m beibebig: 2:21,6 Norman Koh (Australien, 1919); 2:19,6 Kana (Amerika, 1921); 4:00 m beibebig: 5:14,6 Norman Koh (Australien 1919); 5:13,4 Norman Koh (1921). — 500 m beibebig: 6:55,8 Norman Koh (1919); 6:49,5 Arne Borg (Schweden, 1921); 1000 m beibebig: 14:31 Beaurainpote (Australien), 14:19 Arne Borg (1921). — 1 Meile (1609 m) beibebig: 23:34,5 Norman Koh (1919); 22:38,2 Norman Koh (1921); 200 m Brust: 2:56,6 Courtman (Belgien, 1919); 2:53,2 Kademacher (Teufischland, 1921); 400 m Brust: 6:16,4 Courtman (Belgien, 1919); 6:12,8 Kademacher (Teufischland, 1921); 100 m Rücken: 1:14,8 Keolaha (Amerika, 1919); 1:14 Frolich (Teufischland, 1921); 400 m Rücken: 6:06 G. Feung (Teufischland 1921); 6:01,8 G. Elip (Belgien, 1921).

Turnen.

Der Turnverein für Neu- und Antonstadt (gegründet 1861) vereinte seine Angehörigen zu einem Festabend zu Ehren seiner 15 Sieger vom Sächsischen Kreisturnfest. Der Abend wurde eingeleitet durch die Vorführung des Fests vom Kreisturnfest. Der Vereinsvorsitzende, Hr. Geh. Rechnungsrat Weder, hat einen Überblick über das Fest, das allen Teilnehmern in unauflöslicher Erinnerung bleiben wird, dankte allen, die mitgewirkt hatten, besonders dem Hauptvertreter Studientat Dr. Thiemer, der die Seele des Ganzen bildete, und den Sängern, die durch andauernde turnerische Arbeit dem Namen des Vereins Ehre gemacht hatten. Besondere Anerkennung galt dem 1. Sieger im Reum-Kampfe, Turnwart Alfred Schumann; ferner erwarben im Reum-Kampfe den 1. Sieg Turnwart Hagen, den 66.: Turnwart Benno Richter, im Judo-Kampfe den 8. Sieg Kurtmann Vogel, den 133.: Unger. Die Fechterkämpfe war mit 3 Siegerinnen und 7 Siegern ebenfalls vertreten. Die turnerischen Vorführungen füllten einen großen Teil des Abends aus, sie zeigten vorzügliche Leistungen und fanden rauschenden Beifall. Der nicht minder beifällig ausgenommene musikalische Teil wurde bestritten von der Vereinskapelle, einem gut eingespielten Trio der Dreiermusikanten und einem aus Mitgliedern zusammengestellten Juber- und Streichorchester.

Dresdner Börse, 14. November 1921. Table with columns for various stocks and bonds, including 'Deutsche Staatspapiere', 'Verschiedene Anleihen', and 'Stadt-Anleihen'.

Table with columns for 'Tische, Piano u. Hypoth.-Brieft.', 'Transport-Witien.', and 'Bank-Witien.' containing various financial data.

Table with columns for 'Papier u. Spot. Mt.-Mt.', 'Metallind.-Mt.', and 'Gleitr., Kämm., Zählr.-Mt.' containing various financial data.

Table with columns for 'Brauerei u. Malzfabr.-Mt.', 'Porzellan, Ton, Glas.-Mt.', and 'Verschied. Industrie-Mtien.' containing various financial data.

* Die einzelnen Wertpapiere vorgelegten Ziffern bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentfüße oder letzten Dividenden.

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Erhöhung der Milchpreise.

Vom Verband der Landwirte im sächsischen Erzgebirge geht uns nachstehende Mitteilung zu:

Während der notwendige Milchbedarf unserer Städte im letzten Sommer annähernd gedeckt werden konnte, ist in letzter Zeit überall eine Milchknappheit eingetreten. Die Eingänge am Freischmelz sind in den letzten Wochen um 25 bis 30 Proz. zurückgegangen. Werden diese Rückgänge nicht baldigt aufgehoben, muß damit gerechnet werden, daß eine ausreichende Versorgung unserer Säuglinge, Kinder, kranken Mütter und Kranken mit Milch in kurzer Zeit in Frage gestellt wird. Sie haben ihren Grund darin, daß die Milchviehhaltung und die Milchherzeugung infolge der herrschenden Futter- und Futtermittel- und der ungeheuren Preissteigerung der Futtermittel, insbesondere der Kraftfuttermittel, immer weiter zurückgeht, und darin, daß die Bearbeitung der geringen verfügbaren Milch zu Butter infolge der stetig steigenden Butterpreise zumimmt. Der Milchwirtschaftliche Landesverband Sachsen, die maßgebende Organisation der Milchwirtschaftlichen Betriebe vom Erzeuger bis zum Händler, hat einstimmig erklärt, daß seine Mitglieder ein Interesse an der Erhöhung der Milchpreise nicht hätten, trotzdem mußte seine Preiskommission im Beisein von Vertretern des Landesbevollmächtigtenamtes und der Landespreisprüfungsstelle nach reiflicher Prüfung aller Verhältnisse und eingehender Beratung der zur Abwendung der drohenden Gefahr einer Preisermittlung zu ergreifenden Schritte einstimmig zu der Überzeugung gelangen, daß diese Gefahr nur durch Anpassung der Erzeuger Milchpreise an die amtlich notierten Butterpreise abgemindert werden kann. In vielen Landesteilen Deutschlands werden die Milchpreise bereits unter Zugrundelegung der Butterpreise berechnet. Der Verband der Landwirte im Erzgebirge, der dem Milchwirtschaftlichen Landesverband angehört und daher an dessen grundlegenden Festsetzungen gebunden ist, hat in

seiner Aufsichtsratsitzung am 12. November beschlossen die folgenden Preise für Milch und Milchprodukte für seine Mitglieder ab 16. November 1921 festzusetzen:

- Milch: Kleinverkaufspreis ab Hof 3,20 M., Händlerpreis ab Stall 3,05 M.
Mager- und Buttermilch: die Hälfte des Vollmilchpreises.
Butter: nach örtlichen Handelspreisen.
Quark: 4,20 M.

In den Orten, die nicht lediglich aus örtlicher Erzeugung versorgt werden, passen sich die Erzeugerpreise den dortigen Kleinhandelspreisen an.

Volkswirtschaftliches.

Nach der Tätigkeit der Handelskammer zu Dresden

Dem sächsischen Wirtschaftsministerium wurde berichtet, daß die Ausfuhr ausländischer Garzes weber durch eine Verpflichtung zur Abnahme einer gewissen Menge deutschen Garzes noch durch irgend eine Abgabe erschwert werden möchte. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen wurde ersucht, sämtliche Ausfuhrbewilligungen anzuweisen, daß für die Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen lediglich die für die Ein- und Ausfuhr der betreffenden Waren aufgestellten Richtlinien maßgebend sein dürfen, daß in ihnen jedoch nicht die Zugehörigkeit zu einem Verband festgelegt werden dürfte. Der Handelskammer Leipzig als Vorort der sächsischen Handelskammer wurde berichtet, daß die Ausfuhr von Mustern nur dann ohne Bewilligung zulässig, wenn sich der Versender bereit erkläre, die hinausgehenden Muster innerhalb eines Tages wieder einzuführen, in der Praxis überhaupt nicht ausführbar sein dürfte, weil der Versender über die im Ausland befindlichen Muster keine Kontrolle mehr habe und weil außerdem nach den gemachten Erfahrungen die Empfänger von Mustern mit diesen sehr oft nicht pflichtgemäß umgingen, jedoch eine Rücksendung der Muster dann schon aus diesem Grunde unmöglich oder doch zum

mindesten völlig zwecklos sein würde. Es wurden daher Vorschläge zur Abänderung dieser Verordnung gemacht. Die Handelskammer unterstüßte in einer Eingabe die von dem Verkehrsbeirat des Reichspostministeriums beantragten Änderungen hinsichtlich der Erhöhung der Postgebühren, erhob aber im übrigen gegen diese Gebührenerhöhung keinen Einspruch. Darüber hinaus wurde jedoch beantragt, die Postfreiheit der Behörden aufzuheben, damit die Nachnahmegebühren von jezt 30 Pf. künftig 50 Pf. in Fortfall kämen. In einer erneuten Eingabe an die Eisenbahn-Generaldirektion wurde für eine Zuweisung von Räumen auf dem Bahnhof Dresden-Neuß zum Ausbau des dortigen Postamtes für die Paketannahme eingetreten. Der Amtshauptmannschaft Dresden-Neuß wurde berichtet, daß für die Errichtung eines Kaufmannsgerichts in ihrem Bezirk kein Bedürfnis anerkannt werden konnte.

Die Direktion der Dresdner Bank hat die außerordentliche Hauptversammlung, die über die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Mill. M. und über Statutenänderungen Beschluß fassen soll, auf Sonnabend, den 10. Dezember vorm. 1/2 Uhr nach dem Bankgebäude in Dresden einberufen. (S. Anl.)

Ämtliche Berliner Kurse vom 14. November.

5% Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4% Deutsche Reichsanleihe 72,75, 3% Deutsche Reichsanleihe 66,75, 3% Preussische Staatsanleihe 110,00, 4% Preussische Staatsanleihe 69,50, 4% Preussische Staatsanleihe 68,00, 3% Sächsische Staatsanleihe 58,00, Vereinigte Oberpostdirektion 110,00, Bank für Brauindustrie, Chemischer Handverein, Dresdner Bank, Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt 450,00, Reichsbank, Sächsische Bank, Deutsche Bierbrauerei, Reichsbrau, Schöffenhof, Badische Anilin 1010,00, Bank für Tuchfabrik 1650,00, Berliner Maschinen 1900,00, Cartonnagen Reichow 1250,00, Chemische Fabrik u. Dresden 1485,00, Corona 969,00, Elektra, Deutsche Erdöl 2800,00, Deutsche Gußstahlwerke 870,00, Deutsche Kunstleder 890,00, Deutsche Ton- und Steingut 1060,00, Donnermarktstraße 1800,00,

Dresdner Gardinen 1050,00, Dresdner Schnellpressen 1140,00, Ernemann, Sächsischer Waggonfabrik 1240,00, Garmann Maschinen 1200,00, Hülsmeyer 1000,00, H. Joch & Co., Buchdruckerei 1550,00, J. A. John-Klein, Kalia Porzellan 1850,00, Kaufhause 1400,00, Ringierwerke 950,00, Rudas & Steffes 899,00, Maschinenfabrik Rappelt, Rimosa 1310,00, Rensberger Gertales 1105,00, Orenlein & Koppel 1676,00, Plauerer Gardinen 1450,00, Plauerer Spitzen, Hermann Böge 825,00, Polyphonwerke 1180,00, Rodstrohm 1150,00, Rosenthal Porzellan 2060,00, Rüdorff 1140,00, Ruchewey, Sachjenwert 1005,00, Sächsl. Cartonnagen 998,00, Sächsl. Gußstahl 1840,00, Sächsische Kammer 2000,00, Sächsl. Webstuhl 1590,00, Sächsl. Waggonfabrik Verbau, Schuberl & Salzer 1990,00, Fritz Schulz jr. 1250,00, Sed. Rühlensbau 1900,00, Siemens Glas 1610,00, Sondermann & Stier 840,00, Triptis 1095,00, Triton 999,00, Seltener Ofen, Wolfheider Porzellan 1200,00, Wänderwerke 1570,00, Wandtisch 1490,00, Ker. Zellulosefabrik, Zimmermannwerke 949,75, Zwickauer Maschinen 1949,00.

Table with columns: Berlin, 14. November, Teleg. Kurs, 14. 11., 14. 11., 14. 11., 14. 11. and rows for various commodities like Gold, Silber, etc.

An der hiesigen Volksschule ist sofort 1 ständige Lehrerstelle zu besetzen. Es kommt besonders ein Bewerber in Betracht, der im Unterricht von Elementarlassen Erfahrung besitzt. J. St. gehört der Ort in Klasse B, voraussichtlich wird er der Klasse A zugeteilt. Bewerbungsbefugte mit Unterlagen sind bis 21. November 1921 einzureichen an den Gemeinderat Leisn. - Marktberg.

Berwaltungsausschüttenstelle - zunächst Mitbewerberinnen vorbehalten - sofort zu besetzen. Besetzung nach Gruppe V, Ortsklasse B. Bewerber müssen insbesondere durchaus erfahren sein in Einwohnerelementar-, Erwerbslosenfürsorge- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten. Gesuche mit den üblichen Unterlagen bis 3. Dezember 1921 an den Gemeinderat Schiedewitz.

Dresdner Bank Außerordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 25 der Statuten werden die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung, welche Sonnabend, den 10. Dezember 1921, vorm. 9 1/2 Uhr im Bankgebäude: Dresden, König-Johann-Straße 3, stattfinden wird, eingeladen.

- Tagesordnung: 1. Statutenänderung: § 7 Abs. 1 soll den Zusatz erhalten: 'Die Gewinnberechtigung neuer Aktien kann auch abweichend von den Bestimmungen des § 214 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs festgesetzt werden.' Im § 19 Abs. 2 werden die Worte: 'nach vorhergegangener dreimonatlicher Kündigung' durch das Wort 'jederzeit' ersetzt. 2. Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um M. 200.000.000. - unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre und Festsetzung der Bedingungen für die Ausgabe und Begebung der neuen Aktien. 3. Statutenänderung: §§ 5 u. 6 sollen entsprechend dem Kapitalerhöhungsbeschluß gefaßt werden. 4. Wahlen zum Aufsichtsrat. Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind nach § 27 der Statuten diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem Deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, bei einer der nachverzeichneten Stellen: bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen, bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt i. Leipzig, bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart, bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt, bei dem Bankhause L. & E. Wertheimer in a. M., bei dem Bankhause F. A. Neubauer in Magdeburg, bei dem Bankhause A. Levy in Köln, bei dem Bankhause Siegfried Simon in Köln, bei der Dürener Bank in Düren, bei dem Bankhause Simon Hirschland in Essen, bei der Eschweiler Bank in Eschweiler, bei der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg, gegen eine Empfangsbcheinigung hinterlegen und bis nach der Generalversammlung dasselbe belassen. Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der Bank des Berliner Kassen-Vereins vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind. Dresden, den 12. November 1921. 6903

Direktion der Dresdner Bank Nathan. Jüdel.

Niederschles. Hüttenkoks markentfrei für Dauerbrandöfen und Zentralheizungen aber auch für Küchen- u. Zimmerheizung geeignet. H. Starke & Sohn G. m. b. H. Kohlenbahnhof - Freiburger Str. 32 Fernsprecher 21143, 5948

Albert Walther STEMPEL Stempel-Farben u. -Kissen Siegelmarken Briefschäfte, Schloß, Beste Friedenswaren.

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 30 Pf. in Dresden-M. in der Geschäftsstelle W. Zwingerstraße 16.

Tageskalender. Mittwoch, 16. Nov. Staatstheater. Epernhaut. Josef in Ägypten. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.

Donnerstag: Die Einführung aus dem Gerau. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspielhaus. Armand Carrel. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr.

Donnerstag (dritte Vollerstellung): Das Räthsel von Heildronn. Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 1/2 11 Uhr.

Neustädter Schauspielhaus. Ein Bankrott. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Donnerstag: Jahrmärkte in Palsank. Anfang 1/2 8 Uhr.

Kesidentheater. Nachmittags 1/2 4 Uhr (ermäßigte Preise): Wilhelmshöhe. - Abends 1/2 8 Uhr: Die Epheutänigin. Ende 1/2 11 Uhr. Donnerstag: Die Epheutänigin. Anfang 1/2 8 Uhr.

Zentraltheater. Nachmittags 1/2 4 Uhr: Der Bettler aus Dingda. Ende gegen 6 Uhr. - Abends 1/2 8 Uhr: Der Zigeunerprimas. Ende 1/2 11 Uhr. Donnerstag: Der Zigeunerprimas. Anfang 1/2 8 Uhr.

Viktoria-theater. Täglich Gastspiel Paul Beders. Anfang 1/2 8 Uhr.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Freitag, den 9. Dezember 1921, vormittags 11 Uhr, im Stadthaus, Schulgasse 4, II. Obergeschoß, Zimmer 50, stattfindenden Hauptversammlung eingeladen.

Zugehörigkeit: a) Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1920/1921, b) Feststellung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr, c) Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates, d) Beschlussfassung über die Liquidation der Gesellschaft (§ 3 der Satzungen), e) Wahl von Liquidatoren, f) Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Aktionäre, die sich an der Beratung und Beschlussfassung der Hauptversammlung beteiligen wollen, werden gebeten, selbst zu erscheinen oder sich gehörig vertreten zu lassen (§ 24 der Satzungen). Maßgebend für den Aktienbesitz sind die Einträge im Aktienbuche. Dresden, am 8. November 1921. Kriegs-Kreditkasse für den Dresdner Hausbesitz, Aktiengesellschaft. Gauer. 6900

Akten, Geschäftspapiere, Druckbücher möglichst aus dem 19. Jahrhundert kauft zum Einstampfen unter Garantie 3814 J. G. Winkler, Papierfabrik, Rothenthal, Erzgebirge.

Wasserfälle der Elbe und Moldau. Schwere Wiederaufbauarbeiten. Besichtigung am 14. Nov. -28 -76 -35 +21 +50 -45 -189 15. Nov. -22 -78 -34 +26 +52 -62 -195

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, das Hinscheiden unseres Aufsichtsrats-Vorsitzenden, des Herrn Hofrat Stadtrat Richard Kammseker, bekanntzugeben. In tiefer Trauer und mit herzlichster Dankbarkeit gedenken wir des Verstorbenen, der unserem Unternehmen mit seiner reichen Erfahrung jederzeit fördernd zur Seite stand. Wir werden dem Entschlafenen für alle Zeiten ein herzlichstes Gedenken bewahren. Dresden, den 15. November 1921. 6902 Aufsichtsrat und Direktion der Bank für Bauten.

Invalidentank Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden Dresden, König-Johannstraße 8. Anzeigen-Akademie für alle Zeitungen (kostenlos) Redaktionsgebühren. Versicherungen aller Art. Theaterkarten - Verkauf.

Carl Tittmanns Buchhandlung Künstlerhaus abends 1/2 9 Uhr 3 Vorträge von Johannes Müller Dienstag Die Probleme der europäischen Katastrophe 29. Nov. Donnerstag Die Grundlegung des Wiederaufbaues 1. Dez. 6917 Sonnabend Was können wir tun? 10. Dez. Karten nur in C. Tittmanns Buchh. Prager Str. 19.

Erstklassiges Café Hülferth Konditorei Inh. P. Hüfner Prager 20 173

Dresden-A., Prager Straße 48 Part. u. 1. Etage Lese-, Spiel- und Billard-Säle. Echte Biere und Weine. 79

Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Fabrikbesitzer Leopold Rosenbaum in Dresden mit Frä. Gusti Alter in Dresden. - Vermählt: Hr. Dr. med. Hans Hannig mit Frä. Irene Helling in Leipzig; Hr. Lehrer Gustav Boldt mit Frä. Clara Wolfert in Leipzig. - Gestorben: Frau Elisabeth C. Selt. Pauline Wiesel in Dresden; Hr. Andreas Kilian in Dresden; Hr. Dr. med. Ph. Geller in Dresden ein Sohn (Erstl.).